Breslauer  Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 90. Sonnabend den 15. April 1848.

Inland.

Berlin, 13. April. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem geh. Regierungs-Rath Steinkopf zu Frankfurt a./O., dem Kanzleirath und Büreau-Vorsteher beim Provinzial-Steuer-Direktorat in Posen, Biernacki, dem Zoll-Inspektor Wundsch zu Neu-Fahrwasser und den katholischen Pfarrern Ignatz Schubert zu Trzcinica, Kreis Schildberg, und Isidor Hein zu Dittmerau, Kreis Leobschütz, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Premier-Lieutenant und Adjutanten Sr. königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, Grafen Bismarck von Bohlen zu Bonn, den St. Johanniter-Orden zu verleihen.

Bei der heut beendigten Ziehung der 3ten Klasse 97ster königl. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 15,000 Rtlr. auf Nr. 23,655; 1 Gewinn von 3000 Rtlr. auf Nr. 1429; 1 Gewinn von 2000 Rtlr. auf Nr. 72,375; 2 Gewinne zu 400 Rtlr. fielen auf Nr. 8697 und 26,277; 3 Gewinne zu 200 Rtlr. auf Nr. 21,877, 75,641 und 78,970; und 10 Gewinne zu 100 Rtlr. auf Nr. 3156, 6986, 21,668, 27,020, 34,658, 59,019, 70,254, 71,186, 71,488 u. 76,878.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst August von Sulkowski, nach Reisen. Der Fürst zu Lynar, nach Dresden.

Obwohl wir die Verhandlungen des vereinigten Landtages in Betreff der Wahl von Abgeordneten zum deutschen Parlamente, nachdem dieselben für null und nichtig erklärt worden sind, nicht weiter zu beachten haben, so glauben wir doch denjenigen Theil der Verhandlungen der Abgeordneten der Provinz Posen, welcher auf die Einverleibung der Provinz in den deutschen Bund Bezug hat, nachträglich noch mittheilen zu müssen.

In der Sitzung der Posener Stände am 6. April stellte der Marschall die Frage zur Discussion:

Will die Versammlung den Wunsch aussprechen, daß das Großherzogthum Posen dem deutschen Bunde einverleibt werde?

Es wurde auf namentliche Abstimmung angetragen, welche hierauf stattfand und folgendes Resultat ergab: Für die Verneinung der Frage hatten gestimmt: 1. Fürst Wilhelm Radziwill, 2. Fürst Sulkowski, 3. die Abgeordneten: v. Niegolewski, 4. Graf Mycielski, 5. v. Kurcewski, 6. Graf Bninski, 7. v. Zakrzewski, 8. v. Taczanowski, 9. v. Miszewski 10. v. Kraszewski, 11. v. Niemojowski, 12. Szumann, 13. v. Brodowski, 14. v. Jaraczewski, 15. Graf Heliodor Skorzewski, 16. Graf Arnold Skorzewski, 17. Kugler, 18. Cichoszewski, 19. Sawinski, 20. Paternowski, 21. Steirowicz, 22. Ziolkowski, 23. Sadomski, 24. Krause, 25. Jordan, 26. Przygodzki. Für die Bejahung der Frage haben gestimmt: 1. Freiherr von Hiller, Marschall, 2. die Abgeordneten: v. Reiche, 3. Küpfer, 4. Fellmann, 5. Bielefeld, 6. Appelbaum, 7. Rathstock, 8. Bänsch, 9. Brown, 10. Hausleutner, 11. Gebauer, 12. Ziethen, 13. Urban, 14. König, 15. Dräger, 16. Peterson, 17. Blobel. Auf Antrag wird noch bemerkt, daß folgende Mitglieder nicht anwesend waren: 1. der Fürst von Turn und Taxis, 2. Graf Raczynski, 3. die Abgeordneten: von Potworowski, 4. v. Rekowski, 5. v. Brzczanski, 6. v. Treskow, 7. Naumann. Die Frage über die Einverleinung des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund ist daher von der Versammlung mit einer Majorität von 26 gegen eine Minorität von 17 abgelehnt und durch diese Abstimmung auch die Wahl von 12 Vertretern bei der deutschen National-Repräsentation zu Frankfurt a. M. in dieser Versammlung beseitigt worden.

Die Majorität motivirte ihre ablehnende Beschlußnahme in folgender Weise:

In Erwägung, daß das Volk, welches seine Nationalität nicht achtet und sein Vaterland nicht über Alles liebt, auch auf die Achtung bei anderen Völkern keinen Anspruch machen kann, in Erwägung, daß wie die Polen nach dem Zeugniß der Weltgeschichte die Nationalität aller anderen Völker und deren Freiheiten nie gefährdet und daher deren Sympathien stets gewünscht und zu würdigen gewußt haben; in Erwägung ferner, daß der hohe vereinigte Landtag in seiner Adresse an Se. Maj. den König vom 2. d. Mts. im Namen Deutschlands die angeordnete nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen mit Freuden begrüßt hat, haben wir uns als Polen und als Vertreter der überwiegend größeren Zahl der Bevölkerung des Großherzogthums Posen nach reiflicher Ueberlegung fest entschlossen, mit Bezug auf die allerhöchste Verordnung vom 18. März d. J. und vom 3. d. Mts. feierlichst zu erklären:

„daß diejenigen polnischen Landestheile, welche von dem ehemaligen Herzogthum Warschau durch den Wiener Traktat mit Garantie ihrer Nationalität unter den preußischen Zepter gestellt worden sind, dem deutschen Bundesstaate nicht beitreten können, noch dürfen, weil das polnische Volk, welches dem edlen großen vereinigten deutschen Volke brüderlichst die Hand reicht, dessen ihm so werthe Achtung und Sympathie verlieren müßte, wenn es so entartet wäre, daß es seine Vaterlandsliebe aufgeben und in einer fremden Nationalität zu verschwinden entschlossen sein sollte, und weil die Stände des Großherzogthums Posen mit ihren auf sämmtlichen Provinzial-Landtagen gemachten Anträgen und Beschwerden in Widerspruch gerathen würden.“

Die Minorität der Versammlung motivirt die Bejahung der Frage in folgender Weise:

„Aus den nämlichen Gründen der Nationalität, welche die Majorität geltend macht, in Erwägung, daß die deutsche Bevölkerung des Großherzogthums Posen zu der polnischen nach amtlichen Zählungen sich in Verhältniß von 5 zu 7 befindet; in Erwägung endlich, daß die dem Großherzogthum Posen garantirten nationalen Institutionen für die Deutschen nur deutsche sein können, stimmt die Minorität der Versammlung in voller Uebereinstimmung mit den Wünschen und mit den in unzähligen bereits der Staats-Regierung überreichten Petitionen ausgesprochenen Anträgen ihrer deutschen Kommittenten für die Einverleibung des Großherzogthums oder mindestens der überwiegend deutsch bevölkerten Kreise in den deutschen Bund.“

Von Seiten der Majorität wird die Richtigkeit des von der Minorität vorstehend behaupteten Bevölkerungs-Verhaltnisses und der demselben zum Grunde liegenden amtlichen Zählungen bestritten.

Die Minorität hielt daher am 7. April eine zweite Sitzung. Wir geben aus den Verhandlungen an diesem Tage Folgendes:

Die Majorität der Provinzialstände-Versammlung besteht in Abgeordneten polnischer Nationalität, während die Minorität Deutsche sind und nur die von Deutschen bewohnten Theile der Provinz, besonders die an Westpreußen, Brandenburg und Schlesien, anstoßenden, ganz deutsche Grenzkreise vertreten.

Die die Minorität bildenden Abgeordneten der deutschen Bevölkerung der Provinz Posen können sich bei ihrem der Majorität ganz entgegengesetzten Interesse durch die Beschlußnahme derselben nicht gebunden halten, um so weniger, als dieser Beschluß nach Lage der provinzialständischen Gesetzgebung deshalb kein entscheidender sein kann, weil er nicht zwei Drittheile der Stimmen erhalten hat. Von dieser gesetzlich begründeten Ansicht bestimmt, hat sich heute die Minorität der Provinzialstände-Versammlung des Großherzogthums Posen zu einem die deutsche Bevölkerung und die deutschen Interessen vertretenden besonderen Konvente unter dem Vorsitze des Provinzial-Landtags-Marschalls Freiherrn von Hiller vereinigt, zu welchem erschienen waren: 1. Der Marschall Freiherr v. Hiller, 2. der Abgeordnete v. Reiche, 3. der Abg. Fellmann, 4. der Abg. Küpfer, 5. der Abg. Appelbaum, 6. der Abg. Rathstock, 7. der Abg. Bänsch, 8. der Abg. Brown, 9. der Abg. Hausleutner, 10. der Abg. Gebauer, 11. der Abg. Ziethen, 12. der Abg. Urban, 13. der Abg. König, 14. der Abg. Dräger, 15. der Abg. Peterson, 16. der Abg. Blobel. Der Abgeordnete Bielefeld war nicht erschienen.

Die Versammlung erklärt nun Folgendes:

Bereits unterm 3. d. M. haben, mit Vollmacht von ihren resp. Kreisen und Distrikten hierzu versehen, besondere Abgeordnete des noch beim Großherzogthum Posen verblieben Theils des ehemaligen Netz-Distrikts, so wie die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt und des westlichen, die Städte Rawitsch, Sarne, Bojanowo und Punitz begreifenden Grenzstreifens des Kröbener Kreises, der hohen Staats-Regierung eine Erklärung dahin abgegeben: „wie die in der unendlich großen Mehrzahl deutsche Bevölkerung dieses längs an Westpreußen, der Neumark und Schlesien sich hinziehenden und in sich zusammenhängenden Grenz-Gebiets-Gürtels des Großherzogthums nach den heiligen und unverjährbaren Rechten der Nationalität, als ein unmittelbar das deutsche Bundesgebiet begränzendes deutsches Land bewohnend, dem deutschen Bunde einverleibt zu werden verlange und keiner nicht wesentlichen deutschen Verwaltungs-Behörde Folge zu leisten entschlossen sind. — Die die Mehrzahl in dem Posener Provinzial-Landtage bildendenden Abgeordneten polnischen Ursprungs haben am gestrigen Tage ausgesprochen, daß das Großherzogthum Posen in seiner Gesammtheit nicht dem deutschen Bunde beizutreten wünsche. Die Minderzahl, die deutschen Abgeordneten umfassend, muß diesen Wunsch, als den Ausdruck eines nationalen Gefühls achten. Derselbe kann indessen nach der Natur der Sache nur für den von einer überwiegend polnischen Bevölkerung bewohnten Theil der Provinz, dem die einen solchen Wunsch aussprechenden Abgeordneten wesentlich angehören, maßgebend sein. Die unterzeichneten deutschen Abgeordneten erklären dagegen wiederholt auf das feierlichste und bestimmteste, daß sie, in Gemäßheit des auf authentische Weise feststehenden Wunsches ihrer Kommittenten, mit dem obengedachten deutschen Gebietsgürtel dem deutschen Bunde beizutreten verlangen. Und in der Ueberzeugung, daß Deutschland eben so wenig, wie ihr deutscher König und ihre deutsche Regierung, einem so rechtmäßigen Verlangen entgegentreten können und werden, haben sie nach dem Verhältnisse der Bevölkerung des mehrgedachten Gebietstheils (526,900 Seelen nach Dieterici's neuesten statistischen Tabellen) für denselben sofort fünf Abgeordnete zur deutschen National-Vertretung zu wählen und zu ernennen beschlossen. — In Folge dieses einmüthigen Beschlusses schritt die Versammlung nunmehr zur Wahl. Dieselbe dehnte sich auch auf die Ernennung von fünf Stellvertretern aus, für welche Letzteren die Regel festgestellt wird, daß sie nach der in dies Protokoll einzutragenden Reihefolge, im Fall der Verhinderung eines oder mehrerer der gewählten Abgeordneten als deutsche National-Repräsentanten einzutreten berufen sein sollen. — Für den Fall, daß die Staats-Regierung, in Uebereinstimmung mit dem allerhöchsten Propositions-Dekrete vom 3. d. M., die Vollzahl der für die Provinz Posen bestimmten deutschen National-Repräsentanten erforderlich halten sollte, beschloß die Versammlung, noch eventualiter die zur Vollzahl von zwölf noch fehlenden sieben Abgeordneten und eben so viel Stellvertreter aus den überwiegend polnischen und mit polnischer und deutscher Bevölkerung gemischten Gebietstheilen der Provinz Posen zu wählen.

Der Allg. Preuß. Ztg. ist folgender Artikel eingesendet worden: „Vielseitig aufgefordert und angegangen, die von mir in der Finanz-Abtheilung gemachten Vorschläge, auf welche der verehrte Abgeordnete für Westfalen in seiner gestrigen Rede Bezug genommen, welche auch der Hr. Finanz-Minister, in ihren Grundzügen sich angeeignet und wodurch derselbe ohne Erhöhung der Steuern noch der Kontrahirung lästiger Staats-Anleihen hofft bis zum Zusammentreten der Volksvertretung den Staatsbedürfnissen begegnen zu können, so nehme ich keinen Anstand, ohne indessen irgend einen Anspruch auf einen vollkommen ausgearbeiteten Plan den hier zu gebenden Andeutungen zu vindiziren, eben nur eine Skizzirung meiner Vorschläge zu geben. — Die Lage des Staats ist eine politisch-kritische, das Vertrauen, die Basis des bürgerlichen, namentlich aber des Geldverkehrs, ist gestört, und wenn seit Jahren der Kleinhandel unter dem Druck des Mangels der cirkulirenden Mittel, gegenüber der in jüngster Zeit geschaffenen Menge neuer Werthe durch Landes-Meliorationen, Neubauten und Eisenbahnanlagen, schwer gelitten, so mußte natürlich in einem Momente, wo das nicht ausreichende Tauschmittel durch Furcht vor Krieg und Mangel an Zutrauen zu den bestehenden Staatseinrichtungen, dem Verkehr entzogen wurde, eine empfindliche Stockung für Handel und Gewerbe eintreten. Die preußischen Finanzen und die Hülfsquellen des Staats sind indessen der Art, daß sie einem Zustande wie dem angedeuteten vollkommen zu begegnen im Stande sind, indem einmal bei Zusammenrechnung der Staatsschulden sämmtlicher europäischer Staaten Preußen nur mit einem Prozent in der ganzen Summe betheiligt ist, und somit den ganz schuldenfreien Staaten am nächsten steht; weil ferner in dem Staatsschatze ein effektiver Baarbestand in Gold und Silber von 15½ Mill. Thaler noch vorhanden und trotz des mehrmonatlichen Ausfalles im vorigen Jahre der Mahlsteuer der Hauptabschluß des Staats-Budgets für 1847 noch einen Ueberschuß von 1,200,000 Rthl. gegen die Voranschläge belassen hat. — Bei einem solchen in der That nur höchst günstig und gesund zu nennenden Zustande des Staatshaushaltes und der Hülfsquellen des Volks erschien es nur für die Bedürfnisse nicht allein des Momentes, sondern der Zukunft von Wichtigkeit, die vorhandenen baaren Mittel des Staatsschatzes zu einem bleibenden Nutzen für das Gesammtvolk zu erhalten und zur Dotation in edlem Metalle für ein National-Departement of issue zu verwenden, d. h. zur Begründung einer Kasse, welche Papiergeld in kleinen Abschnitten von 1, 5 und 10 Rthl. mit bankmäßiger Sicherheit emittiren kann, ohne irgend wie mit dem bestehenden Institute der Hauptbank zu kollidiren, und doch durch die Elastizität einer vermehrten Papier-Currency den Staat einmal in den Stand setzt, durch eine zinsfreie schwebende Schuld momentan seinen Bedürfnissen zu genügen, ferner Lombard-Kassen zu dotiren, welche dem schwer gedrückten Handel und Gewerbe augenblickliche Hülfe gewähren können, und endlich das cirkulirende Mittel pro tempore zu vermehren und dadurch in indirekter Weise dazu beizutragen, daß das Vertrauen wiederkehre, und mit diesem vor allem Anderen diejenigen Kontanten, welche heute den gewöhnlichen Kanälen, in welchen sie sich im geregelten Zustande des Staatslebens bewegen, entzogen sind, wiederum zurückzuführen. Dies vorausgeschickt, erlaube ich mir in kurzen Umrissen meinen Vorschlag in folgender Weise anzudeuten.

Es werden bei der hiesigen Hauptbank deponirt:

a) 15 Mill. Thlr. baar aus dem Staatsschatze,
b) 15 „ „ Staatsschuldscheine,
c) 15 „ „ Spezial-Hypotheken auf Domainen (Domainen-Pfandbriefe),

wogegen die Bank der Regierung kleine Noten in einem solchen Betrage ausfertigt, wie das Bedürfniß es erheischt, jedoch höchstens und nicht mehr als das 1½fache der baar deponirten edlen Metalle. — Die neuen Banknoten unter dem gleichen Formulare wie die Noten der preuß. Hauptbank, nur mit einem verschiedenen Datum der Emission, stehen in keinem anderen Konnex zu dem Kapital der Bankeigner, als daß die Bank die Realisation bei ihrer Hauptkasse durch die baaren Mittel, die ihr hinterlegt worden sind, übernimmt. — Die ad 2 der Dotations-Kapitale für das department of issue beregten Staatsschuldscheine zu beschaffen, so geht mein Vorschlag dahin, aus den laut Kabinets-Ordre vom 31. März 1827 bei der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden deponirten 8,500,000 Rthl., wogegen in gleichem Betrage Kassenanweisungen emittirt worden sind, ferner aus Ueberweisung der bei der General-Staatskasse leider unter den Aktiv-Beständen durch frühere, um die Course der Staatsschuldscheine zu halten, gemachte Börsen-Spekulationen und endlich durch Bestände verschiedener Spezialfonds zu fourniren, dagegen aber die laut obenberegtem Gesetze vom 31. März 1827 emittirten Kassen-Anweisungen einzuziehen. Ich halte dies um deshalb für nöthig, als dann der Realisations-Fond für die Kassenanweisungen, welcher mit 3 Mill. abgesetzt ist, und welcher sich in den obenerwähnten Beständen des Schatzes befindet, flüssig gemacht wird, indem, um die Beweglichkeit der laut Gesetz vom 17. Januar 1820 fundirten unverzinslichen Staatsschuld von 11,242,347 Thlr., und welche in Kassenanweisungen ihren Ausdruck hat, zu erhalten, es nichts anderen bedürfen würde, als die Wiederherstellung seiner älteren Bestimmung, wonach in den Steuern Kassenanweisungen zu einem aliquoten Theil einzuzahlen sind. — Es wird also, um der Sache näher zu treten, die Bank können — insofern die Staatsregierung die ganze Summe verlangt — Noten bis zum Belauf von 37,500,000 Rthl. ausfertigen, hiergegen aber würden für die mittelbare Verwendung in Abschlag zu bringen sein:

a) die oben erwähnten 8,500,000 Rthl. umzutauschende Kassenanweisungen und ferner
b) die 3½ Million Kassenbestände, welcher die General-Staatskasse für ihre laufenden Ausgaben bedarf und für welche sie, wie oben erwähnt, die bei ihr sich befinden Effekten zu dem Dotationsfond des department of issue hergiebt, um flüssige Geldmittel zu erhalten.

Diese 12 Millionen abgezogen von der oben erwähnten Hauptsumme, werden der Regierung zu ihrer Disposition auf die außerordentlichen Bedürfnisse 25,500,000 Reichsthaler belassen, wovon 15 Millionen für eventuelle Rüstung und Mobilmachung der Armee abzusetzen sein würden, dagegen 10½ Million Thaler aber zur Unterstützung von Provinzial-Lombard- oder Diskonto-Kassen zu verwenden sein, welche dem momentan bedrückten Handel und Gewerbe durch Vorschüsse auf nicht bankfähige Sicherheiten, Unterstützung gewähren und dadurch den Erwerb der Arbeiter sichern sollen. — Ueber das Wie und das Geschäftswesen dieser demnächst in's Leben tretenden Diskonto-Kassen ist hier nicht der Ort weiter zu sprechen, da das Ministerium, wie äußerlich verlautet, mit den desfalligen Instructionsentwürfen bereits beschäftigt ist und solche in diesen Tagen zu erwarten sind. — Dagegen dürfte schließlich noch zweier Momente zu erwähnen sein, nämlich:

1) daß die Realisation kleiner Noten erfahrungsmäßig mit einer Baardotation von 40 Prozent der Emission mehr als hinreichend gesichert, und
2) daß die bestehenden Instructionen für die Hauptbank nicht geändert werden mögen, einmal, damit keine Privatrechte verletzt werden, dann aber auch, damit die Bank ihre bankmäßigen Sicherheiten eben ausschließlich fortfährt, zu diskontiren, und so das extraordinaire Bedürfniß, welches durch den Druck der Zeit und die politischen Ereignisse herbeigeführt ist, und in den Diskontokassen seine Hülfe zu suchen hat, streng von dem geregelten Bedürfniß des Handels gesondert bleibt, was indessen keinesweges ausschließt, daß für den Fall, wenn beim Wiederaufleben des Geschäftes der Andrang von guten Diskonten bei der Bank so groß würde, daß ihre Mittel nicht ausreichen, sie von Staats wegen aus dem Hülfsfond gleich wie die Lombard- und Diskonto-Institute unterstützt werden würde.

Ist aber endlich davon die Rede, in wie weit die preußische Staatsschuld durch die vorgeschlagenen Operationen vermehrt wird, so besteht dies in einer schwebenden unverzinslichen Schuld von 10,500,000 Rthl., welche Summe eben aber nur und ausschließlich zur Unterstützung für Handel und Gewerbe auf Zeit vorschußweise hergegeben und beschafft werden soll, um so die Erwerbsfähigkeit der ganzen Nation zu stützen und zu kräftigen. Eine solche Schuld ist gewiß um so mehr zu rechtfertigen, als sie binnen kurzer Frist von den Privaten wird dem Staate zurückgezahlt werden können, etwaige Ausfälle aber in der eigenen Verzinsung des zinslos beschafften coursirenden Mittels sich decken werden, die künftigen Vertreter des preußischen Volkes aber auch von den im vorigen Jahre zur Dotirung von Provinzial-Hülfskassen dem vereinigten Landtage überwiesenen 2,500,000 Rthl., und die noch intakt vorhanden sind, zu entnehmen im Stande sein werden, wogegen sich wohl keine Stimme im Lande erheben möchte. — So wird der zweite und letzte vereinigte Landtag eben so wenig als der erste dazu beigetragen haben, dem Lande weder neue Lasten und Steuern, noch neue Schulden aufgebürdet zu haben.

Berlin, 12. April 1848. C. A. Milde.

Posen, 12. April. Gestern Abend war die Gereiztheit und Erbitterung unter der Deutschen Bevölkerung, nachdem die Nachricht von einer neuen Kapitulation vor Schroda eingetroffen war, bis zu einer solchen Höhe gestiegen, daß eine Menge von nahe an zwei Tausend Deutschen aus allen Ständen vor dem Quartiere des königl. Reorganisations-Kommissarius General-Majors v. Willisen (am Wilhelmsplatze im Lauk'schen Hotel de Rome) trotz der angestrengten Beschwichtigungsversuche von Seiten der Mitglieder des deutschen Comité's und namentlich des Kommandanten der deutschen Bezirks-Schutzwachen, Freih. v. Schreeb, eine eklatante Demonstration loszulassen sich gemüßigt fand. Nachdem das donnernde Pereat gebracht war, beruhigten die Herren Generale von Colomb und von Steinäcker die aufgeregte Versammlung durch die bestimmte Versicherung, daß die Rechte der Deutschen in keiner Weise verletzt werden sollten; auch werde der Hr. General v. Willisen binnen kürzester Frist die Stadt verlassen. Darauf sprach ein Herr, der mit einer Handlaterne auf die steinernen Stufen des Hotels trat, etwa folgende Worte: Der Hr. General v. Willisen ist vollkommen von der Stimmung der deutschen Nation gegen ihn überzeugt und wird sich wohl nicht bewogen fühlen, dies Haus noch einmal zu betreten. — Die Versammelten gingen ruhig auseinder; neu zusammentretende Haufen wurden durch die dankenswerthen Bemühungen des Hrn. v. Hassenkrug vermocht, beabsichtigte ähnliche Demonstrationen aufzugeben. Der Hr. General soll übrigens während dieser Vorgänge nicht im Hotel zugegen gewesen sein. — Auch in der äußerst zahlreichen Volksversammlung vom heutigen Morgen gab sich die aufgeregteste Stimmung kund. Der Ordner, Frhr. v. Schreeb, legte der Versammlung die dringende Bitte ans Herz, ähnliche leidenschaftliche Ausbrüche der gereizten Stimmung, schon um der Würde des deutschen Charakters willen, künftighin zurückzuhalten, indem er zugleich auf das Hauptbedürfniß einer völligen, durch nichts gestörten Einigkeit hinwies. In gleichem Sinne redete Hr. v. Hassenkrug, ganz besonders noch die peinliche Lage hervorhebend, in welche der kommandirende General von Colomb seinen deutschen Brüdern gegenüber bei etwaiger Erneuerung von solchen tumultuarischen Auftritten sich versetzt finden müßte, da doch bekanntlich die Festung und somit auch die Stadt in den Belagerungszustand erklärt worden wäre. Endlich brachte noch ein Mitglied des Regierungs-Kollegiums der in höchster Spannung lauschenden Volksmenge die Nachricht, daß man so eben in einer Plenarsitzung der königl. Regierung, welcher beide Generale, die Herren v. Colomb und v. Willisen beigewohnt, einmüthig darüber sich verständigt habe, daß die Convention, welche der Hr. General v. Willisen, in seiner Eigenschaft als Kommissarius Sr. Majestät des Königs, mit den Häuptern der Polen am gestrigen Tage abgeschlossen habe, unbedingt respektirt werden müsse, daß aber auch eben so gewiß statt aller weiteren Unterhandlungen die Kanonen reden müßten, wenn die von polnischer Seite in jener Convention eingegangenen Verpflichtungen nicht auf's gewissenhafteste und streng nach dem Buchstaben erfüllt würden. (Pos. Z.)

Der General von Willisen hat folgende Bekanntmachung erlassen: Ich finde mich veranlaßt, Folgendes zu erklären:

1) Ich finde mich vollkommen berechtigt, meine Mission in jedem Augenblicke als beendet zu betrachten, wo ich sehe, daß keine friedlichen Mittel mehr vorhanden sind, die Wirren, welche hier herrschen, zu lösen, und ich werde sie augenblicklich niederlegen, wie ich es schon in meiner zweiten Bekanntmachung erklärt, wenn ich sehe, daß nach den dazu bewilligten 3 Tagen die bewaffneten Versammlungen nicht ganz so wie es bestimmt ist, auseinander gegangen, vollkommene Ruhe uud Ordnung im Lande herrscht und die Regierungsgeschäfte ihren regelmäßigen Gang nehmen.

2) Ich werde zu dem Ende sofort meine Reise durch die Provinz fortsetzen, um selbst zu sehen, die Behörden überall einzusetzen, wo sie entfernt waren.

3) Ich werde selbst darauf dringen, daß gegen jeden erneueten Versuch, die Ordnung zu stören oder sich bewaffnet zu versammeln, sofort mit dem Martialgesetz eingeschritten werde, und je milder meine ersten Versicherungen waren, um so strenger sollten die späteren sein, wenn ich sie anzuordnen hätte.

4) Ich werde, wie denn überhaupt noch nichts geschehen, keinen Schritt weiter thun, ehe jene Ruhe nicht vollkommen eingetreten.

Ich hoffe nun nach dieser offenen Erklärung, daß sich die für mich eben so überraschende als betrübende Aufregung legen wird, um so mehr, als Jeder, der mich kennt, weiß, daß kein Gedanke und kein Tropfen Blut in mir lebt, welcher im Stande wäre, auch nur das kleinste Recht meiner Landsleute Preis zu geben, oder irgend ein Interesse unbeachtet zu lassen.

Posen, den 12. April 1848.

v. Willisen,
Generalmajor und königl. Kommissarius.

Aus dem Großherzogthume Posen, 13. April. Wir nehmen den Bericht über die Vorfälle in Ostrowo da auf, wo wir gestern abgebrochen. Abends 8 Uhr marschirte das dort im Verlaufe des Tages eingerückte Militär, nach vorhergegangener starker Besetzung der Hauptwache, außerhalb der Stadt ins Bivouak. Vedetten wurden nach allen Seiten ausgestellt und zahlreiche Patrouillen durchzogen nicht nur die Stadt, sondern auch alle zur Stadt führenden Hauptstraßen, während den Bürgern der gemessene Befehl zuging, verschlossen in ihren Häusern sich ruhig zu verhalten. Doch nur wenige Augen schloß der Schlaf, der größte Theil harrte in banger Erwartung der Dinge, die kommen sollten. Denn wenn auch die Masse des Landvolkes noch Vormittag sich verlaufen, so waren doch noch Viele in der Stadt geblieben, die ihre Aufregung durch häufigen Genuß berauschender Getränke wach zu halten gesucht, und obwohl eine Proklamation an allen Ecken angebracht war, die dem eben so lügenhaften als schänd-

lichen Gerüchte: die Juden und Deutschen hätten die Absicht, die katholische Kirche zu plündern und zu verbrennen, aufs Bestimmteste widersprach; so vermochte diese treuherzige Versicherung doch nicht den von der Geistlichkeit den Bauern eingeimpften Wahn zu benehmen. Und so geschah es, daß eine aus Infanteristen und Kürassieren bestehende Patrouille von den Bauern angefallen und angegriffen wurde. Der sie führende Unteroffizier wurde von einem Sensenmanne nicht nur sehr bedeutend verwundet, sondern sogar vom Pferde gerissen. Doch sollen von den Bauern 4 Todte und 1 Verwundeter sein. Weiter war jedoch nichts vorgefallen. Während ich dieses schreibe wird Allarm geschlagen und Befehl gegeben, Thüren und Fenster zu schließen. Das Militär steht auf dem Ringe unterm Gewehr, alle Kaufmannsläden sind geschlossen und nur wenige Neugierige, unter denen mehres Landvolk, steht an den Ringecken. Was dieses Alles zu bedeuten habe, und welche Auftritte man zu gewärtigen hat, ist noch ungewiß; diese Ungewißheit aber steigert die Angst um das Doppelte, und man fürchtet weniger einen Einzug polnischen Militärs, als das Hereinbrechen des um die Stadt in sehr zahlreichen Haufen zusammengerotteten Landvolkes. Ob diese Mittheilung noch heute an ihren Bestimmungsort abgeht, läßt sich bei der Sachlage nicht vorherbestimmen. Die Posten von Ostrowo nach Pleschen und zurück haben für den Augenblick aufgehört, und die nach Berlin abgesandten Pässe an den russischen Konsul sind heute mit dem Vermerk zurückgekommen, daß keinem Fremden der Uebertritt über die Gränze gestattet werde. Hierdurch wären also die frühern diesfälligen Mittheilungen aufs Bestimmteste widerlegt. Das Militär zieht soeben nach dem an der Stadt gränzenden Dorfe Krempa, dem Sammelplatz der Sensenmänner, um solche auseinander zu jagen. Verstärkung hat man erst morgen zu erwarten.

Oberst Lestock hat in Trzemeszno (Regierungsbezirk Bromberg, Kreis Mogilno) einen Kampf mit der polnischen Bevölkerung zu bestehen gehabt; nachdem derselbe sämmtliche in der Stadt errichtete Barrikaden bereits genommen und die Häuser, aus denen geschossen worden, geräumt hatte — wobei 13 Polen geblieben sein sollen — erreichte ihn eine Contreordre von Seiten des General Colomb, des Inhalts, daß er mit der Anwendung der Gewalt inne halten solle, weil Deputationen aus den verschiedenen Kreisen in Posen eingetroffen, die sich dafür verbürgt haben, daß die Waffen niedergelegt werden würden, um zu einer Ausgleichung auf friedlichem Wage zu schreiten. (Z.-H.)

Magdeburg, 12. April. Der Finanz-Minister hat zur Unterstützung der Kaufleute und Fabrikanten des Regierungsbezirks Magdeburg, welche eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigen, einen Fond von 75,000 Thlr. zur Disposition gestellt.

Koblenz, 10. April. Bekanntlich hatten die Bauern des Standesgebiets Solms-Braunfels dem dortigen Fürsten durch ihr massenhaftes gebieterisches Auftreten viele bedeutende Concessionen abgenöthigt, wodurch der Fürst seine sämmtlichen Revenüen eingebüßt haben würde. Auf die deshalb vom Fürsten bei der Staats-Regierung erhobenen Beschwerden wurde der geheime Ober-Revisionsrath Liel von Berlin als königl. Kommissarius zur rechtlichen Ordnung dieser Angelegenheit nach Braunsfels geschickt. Derselbe kam gestern auf der Rückreise nach Berlin hier an und es ist ihm gelungen, nicht nur einen großen Theil der Bewohner der Standesherrschaft dahin zu vermögen, freiwillig von den meisten der dem Fürsten abgenöthigten Concessionen abzustehen, sondern er führt auch die Urkunde des Fürsten mit sich, worin derselbe der seither in erster und zweiter Instanz ausgeübten Gerichtsbarkeit entsagt und ebenso die in Braunfels bestehende fürstliche Regierung über das Standesgebiet auflöst und beide Gerechtsame an die Staatsregierung abtritt. Es wäre zu wünschen, daß sämmtliche deutsche Standesherren diesem Beispiele des Fürsten von Braunfels aus freiem Entschlusse nachfolgten. — Der Oberpräsident der Rheinprovinz ist gestern nach Köln abgereist. Wie man bei seiner Abreise von ihm vernommen hat, werden die kräftigsten Maßregeln getroffen, um die in neuerer Zeit stets wiederholten gewaltsamen Angriffe gegen die Dampfschleppboote auf dem Rheine mit aller Macht zu verhindern. Kam doch vorgestern ein Schlepper „Haniel" hier an, der von Linz aus an mehreren Orten ein förmliches Bombardement bestanden und einige fünfzig Kugelschüsse von Standbüchsen sogar und Böllern davon getragen hat. Man ist hier ernstlich darauf bedacht, auf jede Weise der durch das Darniederliegen alles Verkehrs und Handels, namentlich unter dem Handwerkerstande eingerissenen Noth zu steuern. In einer deshalb gestern vom Oberbürgermeister ausgeschriebenen Versammlung wurde die Einführung einer gezwungenen Einkommensteuer bei den Vermögenden beschlossen, deren Ertrag zur Bestellung von Anfertigungen der verschiedensten Art verwendet werden soll, um so den verdienstlosen Handwerkern Arbeit zu verschaffen. Auch die Casino-Gesellschaft hat zu dem gleichen Endzwecke 2000 Thlr. zu verwenden beschlossen; endlich hat der Stadtrath beschlossen, in Berlin nach dem Verhältnisse unserer Stadt zu Köln, welch letzterer ein Zuschuß von 100,000 Thlr. zur Hebung des Verkehrs und der Industrie bewilligt worden ist, zu gleichem Zwecke für Koblenz einen Zuschuß von 25,000 Thlr. zu bevorworten. (Düsseld. Z.)

Elberfeld, 11. April. Vielen Leuten ist es gar nicht bekannt, daß es in Preußen große Strecken Landes giebt, die keine Steuern bezahlen. In 7 Provinzen des preußischen Staates mit Ausnahme von Schlesien sind es durchgängig die Besitzungen der sogenannten Standesherren, d. h. derjenigen ehemals reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen, welche bei Auflösung des deutschen Reiches oder später der Souveränetät eines deutschen Bundesfürsten unterworfen wurden. Es bestimmte nämlich der Artikel 14 der Bundesacte im § 7 die Befreiung von Personal- und Grundsteuern. — Meines Wissens zählt die preußische Monarchie an 20 solcher Standesherren. Außerdem giebt es aber noch in Schlesien, Sachsen und der Lausitz 28 Adelige, welche ganz oder theilweise dieselben Vorrechte haben, namentlich aber das wichtige der Freiheit von Steuern. Dieses Recht gerade scheint mir dasjenige zu sein, auf welches jetzt zurückgekommen werden muß. Ich will dabei nicht auf die frühere Zeit zurückgehen, sondern auf die Jahre von 1814 an. Auch liegt es vorläufig nicht in meiner Absicht, davon zu handeln, was jährlich an Klassensteuer (Personalsteuer) die Herren hätten bezahlen müssen, weil mir hierzu die Materialien fehlen. Allein es liegt in meiner Aufgabe, zu ermitteln, wie viel die Grundsteuer jährlich betragen würde. Für den ganzen preußischen Staat geht jährlich aus dieser Steuer die Summe von über 10 Millionen ein. Bin ich recht unterrichtet (ich werde jede Belehrung gern annehmen) so ist fast $1/_{20}$ der Grundfläche des Staates steuerfrei. Es ist also seit 1814 jährlich dem Staate eine Summe von 500,000 Rthl. entgangen. Dies macht auf 33 Jahre über 16 Millionen. Mit dieser Summe, sollte ich meinen, wäre in der gegenwärtigen Lage unserem Staate ein wesentliches Mittel an die Hand gegeben, das zu erreichen, was das Ministerium durch den Mund des Herrn Finanz-Ministers als seine Aufgabe ausgesprochen. — Mein Vorschlag geht also dahin, daß die Besitzer des steuerfreien Grundeigenthums sich freiwillig erböten, die Rückzahlung eines auf Höhe jener Summe negoziirten und eventuell auf ihre Besitzungen einzutragenden Anleihens zu verbürgen, natürlich in angemessenen Zahlungsfristen. (Elberf. Z.)

Deutschland.

Aus Baden, 10. April. Außer Fickler, dessen Verhaftung bereits gemeldet, ist auch der kürzlich amnestirte Literat Blind wieder festgenommen worden, und ein gleiches Schicksal traf einen Artillerie-Unteroffizier, welcher durch das Amnestiegesetz begnadigt worden, aber nachher gleichwohl wieder Patronen ausgetheilt hat. Ueber Ficklers Verhaftung erfährt man folgende Thatsachen; Derselbe hat sich nämlich schriftlich an die provisorische Regierung in Paris gewendet, mit dem Ersuchen, sie möge die deutschen Arbeiter bewaffnet über den Rhein senden und denselben möglichst zahlreiche Franzosen sich anschließen lassen; sie würden im See-Kreis mit offenen Armen empfangen werden. Die provisorische Regierung, welcher es unzweifelhaft mit der Erhaltung des Friedens voller Ernst ist, hat jedoch das Schreiben Ficklers an das badische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übersendet und damit unserer Regierung die Beweise von Ficklers schändlichem Landesverrath in die Hände gegeben. Wie in Mannheim und Karlsruhe, in letzterer Stadt in und außer der Kammer, so spricht sich überall im Lande der entschiedenste Unwille gegen die republikanische Partei aus, und letztere hat in der That in diesem Augenblick eine moralische Niederlage erlitten, wie es durch physische Macht nicht möglich gewesen wäre. (F. J.)

Darmstadt, 9. April. Heute ward zu Reisen im Odenwalde ($1\frac{1}{2}$ Stunden von Weinheim) eine große Volksversammlung gehalten, bestehend in Landleuten aus dem Odenwalde und der Bergstraße, einigen hundert Darmstädtern und einer Anzahl Heidelberger und Mannheimer. Die Versammlung, unter dem Vorsitze des Abg. und Mitgliedes des Fünfzigerausschusses Reh sprach sich beinahe einstimmig gegen „Republik" aus. Bemerkenswerth ist, daß nicht ein einziger Hesse für Republik sprach und stimmte. Dr. Wilhelm Schulz sprach mit Wärme für den Erzherzog Johann, als deutsches Reichsoberhaupt; die Menge stimmte enthusiastisch bei. — Den Kammern werden morgen zwei Gesetze vorgelegt, welche das Jagdrecht an die Gemeinde übertragen und sämmtliche Vorrechte der Standesherren aufheben. — Im Allgemeinen herrscht jetzt über die Stimmung in der Provinz Starkenburg kein Zweifel mehr. Die gesammte Bevölkerung wird mit Entschiedenheit auf Abschaffung aller Standesvorrechte, Feudallasten rc. rc. und demokratische Verfassung dringen, dabei aber mit derselben Entschiedenheit an dem constitutionellen Systeme festhalten. Von der Provinz Oberhessen ist dasselbe mit Gewißheit zu erwarten. Auch in Rheinhessen sollen neuerdings entgegengesetzte Bestrebungen auf größeren Widerstand stoßen. (O. P. A. Z.)

Kassel, 11. April. Nach Publikation der Proklamatian des Kurfürsten ist die Ruhe nicht wieder gestört worden. Den ganzen Tag sah man Schaaren sich mit Waffen versehen und auf öffentlichen Plätzen, namentlich dem grünen Schloßplatz, sich bilden und einüben. Nachts patrouillirte die Bürgergarde in starken Abtheilungen; am kurfürlichen Palais waren seit dem 10ten Abends sowohl Bürger- als Leibgardenposten. Abends waren mehrere Wachen von Bürgergarde und Truppen gemeinschaftlich besetzt. Das beste Einvernehmen herrscht zwischen der Bürgerwehr und den Linientruppen. Von den in voriger Nacht Verwundeten ist ein Apotheker-Provisor gestorben; der Bankier A. Feidel liegt noch an den schweren Wunden darnieder. — Der Name Garde-du-Corps-Straße ist heute Morgen an den betreffenden Straßenecken mit schwarz-roth-gelber Farbe überstrichen worden. (Kass. Z.)

Leipzig, 12. April. Heute erschien die vom 10. d. M. datirte Verordnung, betreffend die Wahl deutscher Nationalvertreter für das zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringende deutsche Verfassungswerk. — Danach wählt das Königreich Sachsen 24 Vertreter in 24 Wahlbezirken; auf 100 Stimmberechtigte wird ein Wahlmann ernannt, die Wahlmänner ernennen die Nationalvertreter; jeder volljährige selbständige deutsche Staatsangehörige unbescholtenen Rufes ist wählbar.

Hannover, 9 April. Das Ministerium hat gestern in vertraulicher Sitzung die Eröffnung gemacht, **daß nach offizieller Erklärung England, falls die Bundes-Armee englische Unterthanen und englisches Eigenthum nicht verletzen werde, in dem etwaigen Bundeskriege gegen Dänemark seinerseits sich neutral halten werde.** Darauf bewilligten die Stände für die diesseitige Expedition nach Schleswig-Holstein 500,000 Rthlr. (Wes. Ztg.)

Braunschweig, 10. April. Hier ist das 1. Bataillon unseres Infanterie-Regiments von hier ausgerückt, um nach Schleswig-Holstein zu marschiren. Dasselbe wurde vom Major v. Brömbsen ausgeführt, von einer großen Menge Menschen begleitet. Der Herzog ist im höchsten Grade mißgestimmt darüber, daß man in der Sache hannoverscher Seits so lau verfährt und nicht sofort bis zur Eider vorrückt. Man glaubt, daß derselbe, wenn es zum Schlagen kommen sollte, vermöge des seinem Stamme eigenen kriegerischen Geistes, schwerlich sich abhalten lassen wird, mit ins Feld zu ziehen. Da wir aber nicht so glücklich sind, Thronerben zu haben, so ist gestern dem Herzoge durch eine Deputation des Bürger-Vereins die Bitte vorgetragen, sich dies zu versagen und das Land nicht zu verlassen. Der Herzog hat die Deputation überaus gnädig empfangen und derselben zur Antwort ertheilt, **daß er es für seine Pflicht halte, stets da zu bleiben, wo er am meisten nützen könne: wenn er also hier mehr nützen könne, würde er zwar hier bleiben, allein er habe nicht bisher Uniform getragen, um, wenn es gelte, hinterm Ofen zu bleiben, wie manche Andere.** Diese mannhafte Antwort hat hier den größten Anklang gefunden. (Hamb. Cor.)

(Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.) — **Rendsburg**, 11. April. Der Verlust unserer Armee an Kampfunfähigen wird zu 200 Mann angegeben. Einige Verwundete sind von den Dänen zu Gefangenen gemacht. Größer ist die Zahl der Versprengten. Mehrere Freischaaren, insonderheit die unter Bracklow, welche den Dänen vielen Abbruch gethan, haben sich durchgeschlagen. Ausgenommen das Kieler Studenten- und Turnerkorps, haben die übrigen Freischaaren wenig gelitten. Von den Ersteren kehren indeß auch schon Manche nach und nach wieder zurück. Ueber den Führer dieses und des 5. Jägerkorps, Kapitän Michelsen, fehlt noch die nähere Nachricht, ob er sich durchgeschlagen hat. Kapitän Schmidt vom 14. Linienbataillon ist getödtet, Lieutenant Clasen und Lieutenant Gotthard Lützow, Letzterer vom Kieler Jägerkorps, sind verwundet. Manche Flensburger Einwohner haben schändlichen Verrath gegen uns geübt; die Namen der Hauptleiter gegen uns sind hinreichend bekannt. Endlich ist gestern Abend die Nachricht hier eingetroffen, daß sowohl die preußischen, als die Bundestruppen, welche zum zehnten Armeekorps gehören, wenn die Dänen nicht unverzüglich das Herzogthum Schleswig völlig räumen sollten, was nicht zu erwarten sein dürfte, den Befehl haben, die Feindseligkeiten sogleich zu beginnen. Wir beklagen, daß dieser Befehl nicht wenige Tage früher erfolgt ist. In kurzer Frist wird nun aber kein Däne mehr als Feind in unsern Städten und Gauen zu blicken sein. Die weiteren Verhandlungen sollen erst dann beginnen, wenn die Dänen aus unserm Lande verjagt sind.

Rendsburgs, 11. April, Nachmittags. In Flensburg wird behauptet, daß die Dänen uns 714 Gefangene abgenommen haben, welche zu Schiff fortgeschafft würden. Die Angabe der Zahl wird sehr übertrieben sein. Die Nachricht, daß der tapfere Anführer des Jägerkorps und des damit vereinigten Studenten- und Turnerkorps, der Kapitän Michelsen, durch drei Schüsse tödtlich verwundet, dem Feinde in die Hände gefallen,

scheint sich zu bestätigen. Es gehen so viele Gerüchte um, daß schon um das zum Theil Unglaubliche, zum Theil höchst Uebertriebene derselben zu berichtigen, ein offizieller Armeebericht sehr erforderlich wäre. Die Dänen werden nicht verfehlen, ihrerseits einen solchen Bericht mit gewohnter Ruhmredigkeit zu publiciren. Unsere Truppen stehen bei Groß-Wittensee. Man wollte heute von der Gegend her Kanonendonner hören; indeß wird dies nur Sinnentäuschung gewesen sein. — Gestern ist das Hamburger Freikorps, heute ein Linien-Bataillon, unter Befehl des preußischen Majors Zastrow gestellt, zur Armee abgegangen. Neue wohlbewaffnete Freischaaren sind uns heute zugegangen. In Schleswig ward Quartier für 2000 Dänen angesagt, die indeß um 11 Uhr Morgens noch nicht angekommen waren. — Baierische Offiziere sind gestern hier eingetroffen und haben ihre Verwendung für den Dienst unseres Vaterlandes angeboten. — Der preuß. Lieutenant v. Linker ist mit dem Ultimatum an den König von Dänemark abgesandt worden. Die preuß. Artillerie ist bereits eingetroffen. Dir Sprache der Kabinette ist nicht mehr an der Zeit, die der Kanonen wird sich Eingang sichern müssen. Nur die Thatsachen gelten noch.

Kiel, 10. April. Gestern früh standen unsere Truppen theils in, theils in einem ziemlich weiten Kreise nördlich um Flensburg, theils gegen die bei Holnis gelandeten Dänen bei Glücksburg. Der dänische Angriff erfolgte zunächst in der Linie um Flensburg, wo unser rechter Flügel an den Hafen bei Krusau sich lehnte (das 5. Jägerkorps mit dem Studenten- und Kieler Turnerkorps), das Centrum bei Bau eine feste Position hatte (15. und Haupttheil des 16. Infanteriebataillons mit zwei Kanonen und einer Eskadron Dragoner), der linke Flügel, welcher fast nur aus den Freiwilligen unter Bracklow und Rantzau Rohlstorf (Breitenburg) mit einem Theile des 16. Bataillons (unter Kapitän Schmidt) bestand, von Harrislev gegen Wallsbüll und Sundewitt sich erstreckte. Diese Truppen waren alle unter dem Oberbefehl des Brigadegenerals v. Krohn. Die Dänen griffen zuerst Morgens zeitig bei Bau mit überlegenen Streitkräften, namentlich starker Artillerie, an und erlitten, durch günstige Stellnng unserer Kanonen und heldenmüthigen Widerstand der Unsrigen sehr große Verluste, namentlich sollen die Kartätschen unter den Fühnenschen Dragonern schreckliche Verwüstung angerichtet haben. Indessen wurden die Unsrigen nach heftigem Kampfe und nicht ohne Verlust aus ihrer Stellung verdrängt. Der Chef des 16. Bataillons, Graf O. v. Baudissin, wird unter den Verwundeten genannt. Ein neuer heftiger Kampf wartete jedoch der Dänen bei Harrislev, wo Kapitän Schmidt (welcher später selbst fiel) ihr Vordringen nach Flensburg länger aufhielt und durch seinen heldenmüthigen Widerstand wahrscheinlich größeres Unheil von dem noch in Flensburg stehenden Theile des Heeres abwendete. Doch auch die Reste dieses kleinen Korps wurden geworfen und eben so soll es den Bracklowschen Scharfschützen und einer Kompagnie des Rantzauschen Korps (unter Raabe aus Kiel) nach tapferer Gegenwehr ergangen sein, worüber man das Detail nicht kennt, weil diese die Armee bei Flensburg nicht haben erreichen können und wahrscheinlich westwärts gezogen sind, während die Schmidtsche Kompagnie mit einem Theile der Rantzauschen Freiwilligen (unter Bockelmann aus Altona) sich disseits Flensburg den anderen Truppen wieder anschloß. Am verderblichsten ward leider der Kampf bei Krusau, wo die Unsrigen um Mittag zwischen das Feuer der im Flensburger Hafen erschienenen Kriegsschiffe und der vom Norden andrängenden dänischen Scharfschützen geriethen. Das 5. Jägerbataillon mit den Studenten und Turnern fand, als es endlich der Uebermacht erlag, Flensburg schon von den Dänen besetzt und so scheinen nur wenige einzelne Trupps dem Tode oder der Gefangenschaft entgangen zu sein. Einzelne der hier Angekommenen sind aus der Gefangenschaft wieder entwischt. Die Offiziere der Jäger und Studenten sind fast alle geblieben oder verwundet; der kommandirende Major v. Michelsen wahrscheinlich auch verwundet und gefangen, während er jedoch nach Einigen mit einem kleinen Detachement sich westwärts durchgeschlagen hätte. Auch sollen die Lieutenants Aller und Sachau mit einem anderen Detaschement entkommen sein. Unter den gefallenen Studenten werden viele Namen aus angesehenen Familien genannt. Inzwischen war am Vormittage der Prinz Oberbefehlshaber angekommen. Derselbe soll sofort die ganze Stellung der Unsrigen als unhaltbar erkannt und daher um Mittag den Befehl zum allgemeinen Rückzuge, welcher nur auf dem rechten Flügel nicht mehr ausgeführt werden konnte, ertheilt haben. Dieser dürfte auch namentlich an der Seite von Holnis, wo das 4. Jägercorps und das 14. oder 17. Infanteriebataillon mit einigen Kanonen und einem Theile der Freiwilligen den vordringenden Dänen Widerstand leistete, ein nothwendiger gewesen sein. Der Rückzug selbst, welcher gestern noch nach Schleswig stattfand, soll in ziemlicher Ordnung vor sich gegangen sein, nur waren einzelne Abtheilungen der Freiwilligen in Auflösung begriffen. Der anfängliche Plan, bei Idstedt in Angeln sich wieder festzusetzen, soll als unausführbar wieder aufgegeben sein und auch Schleswig, von wo man heute Nachmittag Kanonendonner gehört haben will, hat wohl keinen Haltpunkt dargeboten. Man nahm hier heute Abend die Nachricht als begründet an, daß unsere Truppen sich zwischen Fleckebye und Wittensee, also zwischen Rendsburg, Schleswig und Eckernförde sich wieder concentrirten, während freilich ein Dragonerregiment bereits heute Nachmittag wieder in Rendsburg eingerückt ist. Das Hauptquartier soll in Wittensee sich befinden. Inzwischen sind heute auch schon im Eckernförder Hafen und ebenfalls wieder bei Bülk dänische Kriegsschiffe gesehen worden. Ein näheres Urtheil lassen die angeführten Ereignisse des 9. d. noch nicht zu. Gewiß ist es nach allen Nachrichten nur, daß man sich unsererseits fast überall mit vorzüglicher Bravour geschlagen und dem Feinde empfindliche Verluste zugefügt hat, dagegen aber auch, daß fast das ganze Herzogthum Schleswig in diesem Augenblicke demselben offen steht und daß ohne Intervention der Bundestruppen die Aussichten (für den Augenblick) sehr trübe sein würden.

Kiel, 11. April. Das Kieler „Correspondenz-Blatt" berichtet über den Kampf am 9. Folgendes: Unsere Truppen lagen auf eine bis jetzt nicht recht deutliche Weise um den Flensburger Hafen; ein Theil im Norden, ein Theil im Süden, ein Theil in der Stadt. Der Feind war natürlich Herr des Hafens, und hatte daher von vorn herein die Möglichkeit, auf *jedem* Punkte unsere ganze Armee mit seiner ganzem Macht anzugreifen. Die Dänen waren außerdem gut unterrichtet über unsere ganze Position. Es wird von gut unterrichteter Seite behauptet, daß unsere ganze Armee von Verrath umgeben gewesen ist. Namentlich sollen Briefe vom Heere nach Rendsburg unterschlagen und eine Windmühle bei Flensburg als Telegraph benutzt worden sein, so daß die Dänen die Stärke und Stellung nicht bloß des ganzen Heeres, sondern auch der einzelnen Abtheilungen kannten, während wir dagegen schlecht berichtet waren. Auf diese Weise gelang es den Dänen, am Sonntag Morgen mit vereinter Macht zuerst die Stellung bei Bau anzugreifen, und dieser gänzlich unvorbereiteten Abtheilung zugleich von der Seeseite in den Rücken zu kommen. Diese Abtheil. bestand aus dem 5. Jägercorps und den Kieler Studenten und Turnern, im Ganzen etwa 600—800 Mann; die Angreifenden waren durch die Disposition des Feindes bei Weitem überlegen; man schätzt sie auf 2000 Mann. Hier entstand ein blutiger, für unsere Kieler unter allen rühmlichster Kampf. Unsere Soldaten sammelten sich in Eile und griffen den Feind mit einem Muthe an, der eines besseren Erfolges würdig gewesen wäre. Von 10 Uhr bis 2 Uhr dauerte der Kampf. Die Dänen hatten 16 Stücke Geschütz, die die Unserigen 2 Stücke. Die Kartätschen lichteten die Reihen der Unserigen; dennoch standen sie fest. Der Verlust der Dänen in diesem Kampfe soll höchst beträchtlich gewesen sein; es werden Züge wahren Heldenmuthes von den Studenten erzählt; sie sind es, welche den regelmäßigen Truppen ins Feuer vorangegangen sind. Dennoch waren und blieben sie ohne alle Unterstützung von dem Hauptcorps und waren daher *gänzlich zersprengt*. Gestern kamen einzelne Studenten hieher zurück. Sie erzählten von der traurigen Lage der Dinge. Wir hoffen morgen Genaueres nachtragen zu können. Das Hauptcorps der Armee hatte auf eine bisher unerklärte Weise den Rückmarsch angetreten; gestern Abend kam die Nachricht, daß der Prinz bis hinter Schleswig mit dem Gros der Armee zurückgegangen sei. Das Bracklow'sche Corps soll von Bau sich nach dem Westen gezogen haben. Der Major v. Michelsen soll mit dem neu gesammelten Corps in Angeln stehen. Man erzählt von vielen Todten und Gefangenen unter unseren braven Studenten. Die Nachrichten lauten natürlich höchst verworren. **Gewiß ist, daß die eigentliche Armee gar nicht ins Treffen gekommen ist.**

Hamburg, 12. April. Mit dem heutigen Vormittagszuge ist aus Rendsburg von heute Morgen die Nachricht eingetroffen, **daß der von dem Oberst v. Bouin nach Flensburg abgeschickte Parlamentair unverrichteter Sache zurückgekehrt ist. Man hätte dänischerseits die Vollmacht des Obersten überhaupt gar nicht anerkennen wollen. Die Preußen verschanzen sich jetzt eine Stunde von Rendsburg, werden aber ihre Operationen vor dem Eintreffen der Artillerie und Cavallerie nicht beginnen.** Für die Sicherung der Küste und der Häfen wird Sorge getragen. Die Dänen waren gestern Nachmittag um 4 Uhr noch nicht in Schleswig eingerückt, werden aber, wie man glaubt, jetzt dort eingetroffen sein. Man erwartete heute keinen Angriff der Dänen*). (Börsenhalle.)

Oesterreich.

Wien, 13. April. Gestern ist eine Deputation vom Bochniaer Kreise aus Galizien angekommen. Ihr Zweck ist nicht sowohl die Unterstützung der Haupt-Landes-Deputirten, welche vollkommen das allgemeine Interesse vertreten, als die Beschwerdeführer über die Beamten des Landes. An die Stelle des bureaukratischen Uebermuthes, der noch vor Kurzem offen Alles unter die Füße trat, ist jetzt ein schmachvolles Propagandiren getreten zur neuen Aufreizung des Bauernstandes. Alle die Gräuelscenen vom Jahre 1846 drohen fürchterlich wiederzukehren, wovon die Deputation alle Beweise in den Händen hat. Sobald sich deutliche Spuren dieser Beamten-Propaganda zeigten, bildeten sich eiligst in den meisten Kreisen Sicherheits-Comités, welche die Beweise sammelten, und die Ueberzeugung gewannen, daß der heutige Zustand in Galizien fürchterlicher ist, als er 1846 war. Das Comité von Bochnia durch freie Wahl der Kreis-Insassen aus den verschiedenen Ständen des Kreises gebildet, entwarf die Staaten, in welchen die Bestätigung und der Beisitz und Controle der Behörden stipulirt, und unbedingte Oeffentlichkeit begründet ist. — Der Hauptzweck des Comités ist die Erhaltung von Ordnung und Sicherheit. (W. Z.)

** **Wien**, 13. April. Der mit größtem Enthusiasmus von den Bewohnern Croatiens vorgeschlagene und von S. M. dem Kaiser ernannte Banus Baron Jellachich, erwartet stündlich seine Instruktionen, um nach seine Bestimmung abzugehen. Längs der ganzen Militärgränze bis nach Serbien und die Bukowina scheinen sich große Ereignisse vorzubereiten, und Croatien bedarf jetzt einer tüchtigen Leitung, um die Zukunft zu überwachen. Der zugleich zum Civil- und Militärgouverneur ernannte Jellachich, der jetzt eigentlich eine Diktatur bekleidet, ist ein Liebling der slavischen Völker dieser Gegenden, und die Wahl ist in jeder Hinsicht eine vortheilhafte zu nennen. Ebenso erfreulich ist die Ernennung des hiesigen neuen kommandirenden Feldmarschall-Lieutenant Grafen Auersperg. Alle strengen militärischen Maßregeln des abgetretenen Fürsten Windischgräz sind bereits beseitigt und er hat den ernsten Willen kundgegeben, der ferneren Organisirung der Nationalgarde nach allen Seiten hilfreiche Hand zu leisten. — Die eingeleitete Untersuchung gegen die vertriebenen Liguorianer bieten einen traurigen Blick in die inneren Verhältnisse dieser mit Recht so verhaßten Priesterschaft dar. Viele vorgefundene Schuldverschreibungen, sogenannte Haussätze, lauten auf den Namen des Erzherzogs Maximilian d'Este, ja sogar das vorräthige große Lager kostbarer Weine ist auf seinen Namen eingelagert. Aus einem vorgefundenen Kassenbuche ergiebt sich, daß die zum Vertheilen an die Armen von Wohlthätern eingegangenen Summen monatlich zum Einkauf von Obligationen verwendet, und somit den Unglücklichen entzogen wurden. Die Enthüllung der übrigen, empörenden, aus den vorgefundenen sichtbaren Merkmalen bewiesenen sittlichen Verbrechen eignen sich kaum für das Forum der Oeffentlichkeit. — Wir haben seit gestern von keinen weiteren Ruhestörungen etwas gehört.

⊙ **Preßburg**, 12. April. An sämmtliche zweite Bataillons der Grenzregimenter ist aus Wien der Befehl ergangen, sich marschfertig zu halten. Dieser Marsch soll, wie es heißt, nicht nach Italien, sondern nach Galizien bestimmt sein. Die unabhängige ungarische Regierung, deren vorzügliche Leiter sich nebst dem Erzherzog Vice-König noch hier befinden, hat ihr nächstes Augenmerk auf die Volksbewaffnung und auf großartige Kriegsrüstungen gerichtet. 300,000 Feuergewehre sind bereits in Wien bestellt worden. Man hält den Kampf Ungarns mit Rußland in und über die Donaufürstenthümer für unvermeidlich und nahe bevorstehend. Auf der andern Seite muß es noch mit dem Wiener Kabinet über den unbestimmt gelassenen Begriff der pragmatischen Sanktion, über das Maß der Befugniß des Kaisers, Kraft dieser Sanktion das ungarische Militär zu verwenden, zu harten Auseinandersetzungen kommen. Der Landtag hat sich noch in seinen letzten Augenblicken sehr warm für die Wiederherstellung Polens ausgesprochen. Auch die Unabhängigkeit Italiens gehört zu den allgemeinsten Wünschen in Ungarn. Auch aus Siebenbürgen, welches noch nicht mit Ungarn vereinigt ist, gehen Adressen an den König ab, welche verlangen, daß die Szekler-Truppen im Lande bleiben sollen. Die Stellung des ungarischen Ministers in Wien, welcher für die ungarische Militärverwendung außerhalb der ungarischen Grenzen verantwortlich gemacht worden, ist daher überaus schwierig und wird es noch mehr durch den Umstand, daß der zeitweilige Minister, Fürst Paul Esterhazy, der ungarischen Sprache wenig mächtig ist, und er daher weder die öffentliche Meinung unmittelbar zu erkennen, noch auch der Nation Rede zu stehen im eigentlichen Sinne fähig ist. Es soll daher, wie es heißt, dem Fürsten ein Geschäftsführer beigegeben werden, welcher diese Lücke auszufüllen hätte. Der treffliche Franz Pulßky wird von der Presse für diese Stelle empfohlen.

(Kriegsschauplatz.) Wien, 13. April. (Amtl. Bericht.) Nach einem dem Ministerium des Kriegswesens so eben zugekommenen Berichte des Feldmarschalls Grafen Radetzky aus dem Hauptquartier

(Fortsetzung in der Beilage.)

*) Mit dem Güterzug kommt die Nachricht, daß diesen Morgen die Dänen in Eckernförde gelandet sind, nachdem sie mit einem Bombardement gedroht hatten, und von der Stadt Besitz genommen haben.

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 90 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 15. April 1848.

(Fortsetzung.)

Verona, 7. April, können wir Folgendes als offiziell zur allgemeinen Kenntniß bringen. — Der König von Piemont scheint in seinem Vorgehen zu zögern, und überhaupt wenig Sympathien in Mailand zu finden. — Am 6. April fand der erste Zusammenstoß zwischen unsern und den piemontesischen Truppen statt. Bei dem Mangel an verläßlichen Kundschaften hatte der Festungs-Kommandant von Mantua auf Anordnung des Feldmarschalls Radetzky eine Recognoscirung gegen die in Marcaria stehende piemontesische Vorhut angeordnet, und den Oberst Benedek damit beauftragt. Der Letztere hatte es eigentlich auf einen Ueberfall abgesehen. Allein durch den Schuß eines bewaffneten Bauern ward diese Absicht vereitelt. Nichtsdestoweniger drang Oberst Benedek in Marcaria ein, nahm 10 Dragoner des Regiments Genua nebst 13 Pferden gefangen, erstürmte die Häuser, aus denen man auf unsere Truppen gefeuert hatte, und trieb die Piemonteser über den Oglio. Bei dieser Gelegenheit wäre beinahe der in Marcaria kommandirende General Bava, ein Günstling des Königs Carl Albert, in unsere Hände gefallen. Unserer Seits wurden Oberlieutenant Regensburger von Kaiser Jäger und 2 Mann verwundet. — Am 7ten ließ der Feldmarschall Radetzky eine Recognoscirung gegen Revere unternehmen, wo für mehrere tausend Mann römischer Insurgenten Brot angesagt ist. Der greise Feldherr ist überhaupt mit rastloser Thätigkeit und viel erprobter Umsicht bemüht, Peschiera und Verona zu approvisioniren, und jene achtunggebietende Stellung zu nehmen, welche die Umstände erheischen, um die Linie des Mincio mit Nachdruck zu halten. — In solcher Verfassung erwartet der Feldmarschall nunmehr den Angriff auf seine starke Position, und man darf mit Sicherheit annehmen, daß, wenn die Piemonteser einen solchen wagen sollten, derselbe, bei der trefflichen Verfassung unserer Truppen und ihrem erprobten Geiste, jedenfalls abgewiesen werden wird.

(Bericht eines österreichischen Offiziers.) Durch des Feindes Schwert und Kugel verloren wir nur wenig Leute. Kaum mehr durch Gefangennehmung. Den größten Verlust erlitt die Armee in Mailand, wie es bei einem Straßenkampfe unvermeidlich ist. Und doch hat die Mailänder Garnison nicht so viel Todte und Verwundete in 4 Tagen als die Berliner in weit kürzerer Zeit, trotz der gepriesenen lombardischen Tapferkeit, der nichts gleich kommt — „che la vittà del nemico;“ — reichten doch 2 Kartätschenschüsse hin, um in ganzen Straßen die Barrikaden zu räumen und alle Fenster schließen zu lassen! — Weit empfindlichere Verluste erlitt die Armee durch die Uebertritte italienischer Truppenabtheilungen zum Feinde, wenn man anders den Abgang von Soldaten, die den Fahneneid zu brechen im Stande sind, einen Verlust nennen kann! — So traten über: das 1. und 2. Bat. des Regiments Erzherzog Albrecht (Mailänder), die ihren Obersten und das sämmtliche Offizierkorps überfielen, gefangen nahmen und nach Brescia abführten. Unsere Offiziere sollen indeß daselbst gut behandelt werden, und waren, nach einem Privatbriefe, schon auf Ehrenwort entlassen, und in Reif (Riva) angelangt, als sie daselbst von einem andern Schwarme abermals gefangen genommen, und nach Brescia zurückgeführt wurden. — Das Regiment wird nunmehr im Dienste der Insurgenten, von einem Feldwebel, Patrizio, kommandirt, einem Manne, der schon zweimal degradirt, und der einst bekleideten Kadettenauszeichnung verlustig erklärt worden. — Dieser Umstand scheint indeß darauf hinzuweisen, daß keiner der Offiziere, und es giebt der italienischen Viele im Regiment, übergetreten sei. — Eben so empörte sich das gleichfalls in Cremona liegende dritte Bataillon Cecopierri, — nicht das ganze Regiment, das in Pesth liegt, wie die Zeitungen irrthümlich berichtet hatten. — Major Zaghen, selbst ein Italiener, und das ganze Offizierkorps, wurde mit jenem von Albrecht nach Brescia geführt. — Daselbst sind auch die Offiziere des 3. Bataillons Haugwitz, unter Major Wimpfen gefangen. Das Bataillon verübte, als es sich empörte, die gräßlichsten Grausamkeiten, und wüthete im Spitale, wie kaum jemals die Hunnen. — Eben so pflichtvergessen verriethen das 3. Bat. Erzherzog Ferdinand Victor ihren Eid in Udine, und das 3te Zanini in Treviso. Das Offizierkorps jedoch, wenigstens des ersteren, ist bereits in Görz, bei anderen Truppen eingetheilt. — Das 3. Bataillon Wimpffen, und das ebenfalls in Venedig gelegene Grenadier-Bataillon Angelmayer wurden auf eine furchtbare Weise übertölpelt. Kaum 20 Mann wußten, worum es sich handle. Dagegen kündeten sie auch der Republik den Gehorsam auf, und erklärten ihren neuen italienischen Offizieren, als sie in die Kaserne kamen: „Far la manovra habbiamo potuto sotto i Tedeschi: Adesso siamo liberi, e andiammo a casa.“ — Und dies thaten sie auch. — Von dem italienischen 8ten Jäger-Bataillon traten 4 Compagnien zum Feinde über, die Offiziere wurden bei anderen Truppen eingetheilt. — Ein wahrhaft trauriger Anblick war es, als nur 2 Compagnien unter Hauptmann Landtmann, zu der Division Wimpffen stieß, die auf dem Marsche nach Verona das ganze Bataillon erwartete, aber um so großartiger der Moment, als sie bei der großen Armee in Verona einrückten. Ein tausendstimmiges donnerndes Vivat begrüßte die Treugebliebenen, Händedruck und Umarmung, — und kein Auge blieb trokken, als die wackere Division mit einem begeisterten: „Evviva l'imperatore“ den Jubelgruß erwiederte. — Eben so wacker hielt sich das Regiment Erzherzog Siegmund, jederzeit eines der ausgezeichnetesten der Armee, dessen tapferer Oberstlieutenant Schneider die Wunden erhielt, die die öffentlichen Blätter veranlaßten, ihn für todt zu erklären. Es gewährt uns ein süßes Vergnügen, allen denen, die an dem Schicksale dieses Helden Antheil genommen, die bestimmteste Beruhigung zu geben, daß der aufopfernde Krieger nicht gestorben sei, sondern sich in einem befreundeten Privathause befinde, wo er der sorgfältigsten Pflege genießt. — Das Grenadier-Bataillon d'Anthon erregte Befürchtungen seiner wankenden Treue. Da trat der geistvolle FML. d'Aspre vor seine Reihen: „Kameraden,“ sprach er, „man traut Euch nicht, ich aber traue Euch, wollt Ihr beweisen, daß Ihr meiner Ansicht würdig seid, so stellt die Verbindung mit dem Feldmarschall her.“ Und jubelnd zog die wackere Schaar dem Feinde entgegen, bahnte sich mit Löwenmuthe einen Weg bis zu der Hauptarmee, und die zwei Armeekorps waren wieder verbunden. — Das Regiment Haugwitz befindet sich in Mantua, und ist, den Bestrebungen des Festungs-Kommandanten General der Kavallerie, Grafen Gorczkowsky, und denen seines Obersten Grafen Pergen zu Folge, treu geblieben. — Ebenso das 3. Bataillon Erzherzog Albrecht unter Major Hietz, das auf den Vorposten steht. Er leidet indeß an häufigen Desertionen, die ihm bereits 230 Mann gekostet. — Von dem Regimente Geppert haben wir keine Kunde. — Dies ist die wahre Darstellung der Lage der italienischen Truppen im lombardisch-venetianischen Königreiche. (Oestr. Z.)

Italien.

* Aus Versehen ist der nachstehende Schluß des Schreibens aus Rom vom 3. April in der gestr. Ztg. zurückgeblieben:

Die Freude über diesen glücklich ausgeführten Handstreich ist, wie Sie leicht denken, hier sehr groß. — In unsere politische Bewegung ist eine religiöse Variation hineingekommen, seit vorgestern die aus der St. Petersbasilica unlängst entwendete berühmte Reliquie, des in einer aus gediegenem Silber gearbeiteten und mit kostbaren Steinen überreich besetzten Büste aufbewahrten Kopfes des Apostels Andreas vorgestern wiedergefunden wurde. Der Dieb beichtete den Kirchenraub, kann daher nach den Gesetzen der Confession nie persönlich belangt, nicht einmal genannt werden, nachdem er das gestohlene Gut zurückerstattet hat. Für den Augenblick hält Pius IX. die Reliquie selbst unter Verschluß; übermorgen wird sie in einer feierlichen Prozession, bei welcher der Papst, die Cardinäle, so wie der gesammte übrige römische Clerus interveniren, vom Quirinal nach der vaticanischen Basilica zurück getragen.

Aus halboffizieller Quelle kommt uns so eben eine Mittheilung über die Grundlagen zu, welche zwischen dem Papste, dem König von Sardinien und dem Großherzog von Toskana für die künftige Organisation Italiens vereinbart worden sind. Die italienische Halbinsel solle nämlich in 6 große Staaten getheilt werden: 1) Neapel, 2) Sicilien, 3) Kirchenstaat, 4) Königreich Etrurien, gebildet zum Vortheile des Großherzogs von Toskana, aus dem gegenwärtigen Großherzogthume und den angrenzenden Distrikten Pontremoli, Modena, Pietrasanti, Lunigiana u. s. w., 5) Lombardei-Venedig, gleichviel welche Regierungsform von den Einwohnern dieses Landes angenommen werden würde, 6) Sardinien, vorbehaltlich einer Entschädigung für den König Karl Albert für den Fall, daß Savoyen mit Frankreich vereinigt würde; Offensiv- und Defensiv-Allianz zwischen diesen 6 Staaten; italienischer Bund, nach Außen vertheidigt durch einen Gürtel von Festungen; gleiches Gewicht, Maß und Münzwesen; Aufhebung der Binnendouanen; Bundesversammlung in Rom unter dem Vorsitze des Papstes. Dies sind die Grundlagen, welche zwischen den oben genannten drei Fürsten festgestellt worden. Es ist wahrscheinlich, daß der König von Neapel, obschon er noch nicht mit ihnen als Paciscent genannt wird, schon befragt worden ist, und daß man Grund hat, seine Zustimmung als gewiß anzunehmen. (F. J.)

Schweiz.

Luzern, 8. April. Der Vorort hat die Aufstellung einer schweizerischen Observationsarmee von 30,000 Mann unter Oberst Gmür beschlossen. Gestern ging ein Courier hier durch, um dieses Aufgebot nach dem Kanton Tessin zu tragen.

Bern, 9. April. Endlich hat sich auch die hiesige Regierung veranlaßt gefunden, gegen die deutschen Freischaaren einzuschreiten. Es wurde nämlich gestern nachstehender Beschluß öffentlich bekannt gemacht: Der Regierungsrath des Kantons Bern, auf erhaltene amtliche Anzeige, daß in hiesigem Kantone Ausländer sich militärisch organisiren und bewaffnen, um eventuell als Streitmacht bei den politischen Bewegungen der Nachbarstaaten sich zu betheiligen — in Betrachtung, daß die Bethätigung solcher Zwecke nach dem Völkerrechte im Allgemeinen und nach der staatsrechtlichen Stellung der Schweiz insbesondere unzulässig ist — beschließt: 1) Die Bildung bewaffneter und militärisch organisirter Vereine zum Zwecke der Einmischung in die politischen Verhältnisse benachbarter Staaten ist untersagt; 2) die bereiits errichteten Vereine dieser Art sind aufgelöst; 3) die Regierungsstatthalter sind mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt. (Deutsche Ztg.)

Rußland.

*** **Breslau**, 14. April. In Betreff der Mittheilungen über die Posener Ereignisse können wir uns für jetzt nur auf Thatsachen beschränken. Jede Meinungsäußerung über dieselben erscheint jetzt mindestens voreilig, jede Parteinahme für die polnischen oder für die deutschen Einwohner könnte in diesem Zeitpunkte, wo der Wirrwarr der Ereignisse im Großherzogthume sich noch gar nicht geklärt hat, leicht eine Ungerechtigkeit sein. Darum sollen beide Parteien insoweit sich die Darstellungen auf bestimmte Thatsachen und Zustände gründen und der Raum der Zeitung es gestattet, gehört werden. Die Gazeta Polska berichtet sowohl in ihrem Hauptblatt, wie in ihren außerordentlichen Beilagen wieder über eine Menge von Excessen, welche von deutschen Soldaten und Beamten gegen polnische Einwohner verübt sein sollen. Aus dem Kreise Czarnikau wird nach beglaubigten Aktenstücken mitgetheilt, daß dort von Gensdarmen und Distriktskommissarien unter dem Volke die Meinung verbreitet würde, daß die Gutsbesitzer Szumann und Paliszewski ungestraft getödtet werden könnten. Der Distrikskommissarius Krupinski soll selbst eingestanden haben, daß er die Gräuelscenen von Galizien dem Volke vorgespiegelt habe. Im Kreise Kröben wurde von Deutschen, in der G. P. nahmhaft gemachten, Beamten den Bauern gesagt, daß der König die Güter der bisherigen Besitzer unter sie werde vertheilen lassen. In Enin wurde Herr Victor Potocki in dem Augenblicke, als er als Parlamentär zwischen der polnischen Bürgerwehr und etner preußischen Truppenabtheilung von der letzteren zu ersteren mit der Friedensbotschaft zurückkehren wollte, durch einen Schuß in den Nacken getödtet. Die Gazeta Polska berichtet noch eine Menge solcher Vorfälle, die wir aber unmöglich hier alle aufführen können. — Die genannte Zeitung spricht ebenfalls den Wunsch aus, daß diese Zwistigkeiten im Frieden und durch Verständigung beigelegt werden möchten. Sie rechtfertigt aber die Nationalbewaffnung der Polen, indem diese auf ihre Petitionen bisher nur Versprechungen und weiter nichts erhalten hätten, und die Erfahrung lehrte, daß die 1815 versprochenen Rechte nicht gewährt worden sind. Selbst die Regierung erkenne dies an, indem sie verkündigt, daß die den Polen früher gemachten Zusagen in ihrer ganzen Ausdehnung gehalten werden sollen. Wenn also die Regierung aufrichtigen Willen hat die nationale Reorganisation zu beförderu, so möge sie doch etwas thun, was eine That und kein Versprechen ist. In derselben Zeitung ist eine Erwiderung des polnischen National-Comités zu Posen auf den Aufruf des constitutionellen Klubbs zu Berlin enthalten, in welchem letzteren bekanntlich als Thatsache angenommen wurde, daß die polnische Bevölkerung Posens den Deutschen feindlich entgegengetreten sei. Diese Beschuldigung weist das National-Comité als Verläumdung zurück, und giebt die Versicherung, daß die Polen in Posen sich nicht von der Oberhoheit Preußens trennen wollen, indem sie fest überzeugt wären, daß, wenn die Stunde der Wiedergeburt ihres Vaterlandes geschlagen haben wird, Preußen der allgemeinen Stimme von ganz Europa folgend, seine Ansprüche auf Preußisch-Polen von selbst aufgeben wird. Die Excesse, welche den Polen zur Last gelegt würden, beschränkten sich bloß auf das Anhalten zweier Postwagen und die Entnahme von unbedeutenden Summen Regierungsgelder gegen Quittung, die hin und wieder stattgefundene Beschlagnahme von Kreis-Kassen und die Absetzung einzelner verhaßter Verwal-

tungsbeamten. Angriffe auf das Eigenthum, Mord und Plünderung hätten nicht stattgefunden, und die erhobenen Contributionen wären bloß von der polnischen Bevölkerung beigetrieben worden. Das National-Comité schwört es den deutschen Brüdern „bei dem Namen Kosciuszko's" zu, daß es die Rechte der Deutschen nicht gekränkt habe, und nicht kränken wolle. Doch ständen es nicht dafür, daß, wenn die Behörden des alten Systems in ihrer Wirksamkeit bleiben, wenn keine Mäßigung bei den exaltirten und der polnischen Sache feindlichen Deutschen und Juden eintritt, daß bei der ersten Collision der bis jetzt zurückgehaltene Schmerz über die nationale Beschimpfung nicht in eine Wuth ausbricht, welche den blutigsten Bürgerkrieg zur Folge haben kann. — Die Deputationen der deutschen Bevölkerung Posens haben in einer Versammlung unsere Propositionen der Regierung vorzulegen beschlossen. Die erste derselben verlangt die augenblickliche Veröffentlichung einer Proclamation, in der unter andern versichert werden soll, daß die Provinz Posen von Preußen nicht getrennt werden soll, und daß die in Posen zur Zeit bestehende Reorganisations-Commission sofort aufgelöst und erst dann wieder von Neuem zusammengesetzt werde, wenn die Ruhe in der Provinz vollständig wieder hergestellt sein wird. Die siebente Proposition verlangt, daß so viel als möglich Truppen in den kleinern Städten als Garnison einquartirt werden sollen, damit die nach Aufrechthaltung der Ordnung strebenden Einwohnerschaften sich mit ihnen verbinden können. Diese Propositionen wurden dem General Willisen vorgelegt, der nicht nur sie gebilligt, sondern auch versprochen hat, daß die Nationalitätsfrage der deutschen Bevölkerung der Provinz nicht den mindesten Abbruch erleiden soll. Eine, uns eingesendete, von „Einwohnern der Stadt und des Kreises" Meseritz unterzeichnete Adresse an General Willisen verlangt ebenfalls die Auflösung der Reorganisations-Commission, die als das Haupt einer „Faction, die zu ihren Handlungen keine gesetzliche Berechtigung nachzuweisen vermag", bezeichnet wird. Es wird dem General Willisen die Beschuldigung gemacht, daß er die „zahllosen ungesetzlichen Handlungen dieser Faction absichtlich oder unabsichtlich verkleinere."

† **Von der polnischen Grenze,** 13. April. Ueber den Stand der Dinge im Königreich Polen geben wir theils nach dem Dziennik narodowy, theils nach mündlichen Mittheilungen von gut unterrichteten Männern folgende fragmentarische Notizen. Alle politischen Gefangenen, welche theils in Warschau, theils in den zwischen der Weichsel und der westlichen Grenze belegenen Städten in Haft waren, sind jetzt in die Citadelle gebracht worden, indem von den russischen Behörden eine gewaltsame Befreiung derselben von Seiten des Volkes befürchtet wurde. — Von den russischen Behörden in Warschau ist an sämmtliche Gutsbesitzer Polens der Befehl ergangen, daß sie zur Versorgung der Regierungsmagazine all ihr Getreide der Regierung ablassen, und zwar besonders Roggen, Hafer, Erbsen u. dgl. Für die gelieferten Proviantvorräthe sollen sie zur Hälfte baar bezahlt werden, d. i. mit Bankbillets, für die andere Hälfte erhalten sie Bons, die bei Zahlung der Steuer für baares Geld genommen werden sollen. Wer den Reichthum Polens an Getreide kennt, der kann die Größe der anzulegenden Magazine ermessen und daraus auf die Größe der dort zusammenzuziehenden Truppenmacht schließen. Doch brauchen wir deshalb noch nicht übertriebene Befürchtungen vor einer, von Seiten Rußlands uns drohenden wirklichen Gefahr Raum zu geben. Durch seine eigenen Maßregeln hat dieser Koloß den Boden, auf welchem er steht, unterminirt. Man weiß, daß er die aus Polen ausgehobenen Rekruten in den verschiedensten Abtheilungen seiner Armee vertheilt hat, in der Absicht, dadurch den polnischen Gährungsstoff unwirksam zu machen. Rußland hat sich hierin jedoch verrechnet, durch diese Maßregel hat es das polnische Ferment keinesweges gedämpft, sondern blos vertheilt, und seiner Wirksamkeit hierdurch nur noch weiteren Spielraum gegeben. Der polnische Soldat weiß leicht unter seinen stammverwandten russischen Kameraden sich ein gewisses moralisches Uebergewicht zu verschaffen, und übt hierdurch auf dieselben einen Einfluß aus, der den russischen Plänen nichts weniger als günstig ist. So ist theilweise eine Verbrüderung zwischen den russischen Truppen in Polen und den dortigen Einwohnern eben in Folge des moralischen Uebergewichts der letzteren über die ersteren entstanden. Die vielen Gefälligkeiten und kleinen Dienste, welche der russische Soldat von dem Polen erhält, und welche er wegen seiner so kümmerlichen Stellung in Anspruch zu nehmen gezwungen ist, haben zwischen beiden ein freundliches Einvernehmen hervorgerufen, so daß trotz der so strengen Disciplin im russischen Heere mit Recht daran gezweifelt werden kann, daß der russische Soldat im Falle eines Aufstandes der Polen, gegen diese die Waffen gebrauchen wird; ja die Annahme ist gar nicht unwahrscheinlich, daß er dann mit den Polen gemeinschaftliche Sache macht.

Großbritannien.

London, 8. April. In der letzten Woche sind wieder gegen 500 aus Frankreich vertriebene englische Arbeiter hier angekommen. Sie waren meist in einem traurigen Zustande, kaum bekleidet, ohne Geld, und selbst ihres Handwerkszeuges beraubt, mit solcher Hast und Schonungslosigkeit wurden sie von den französischen Arbeitern verjagt, die mit ihrem „A bas les Anglais!" nun schon mehr als 15,000 Engländer, darunter manche ihrer besten Kunden, aus dem Lande vertrieben haben. Die Engländer unterstützen ihre mittellos ankommenden Landsleute auf das Großmüthigste. — Die Chartisten bestehen darauf, geführt von O'Connor, ihren Zug zu halten, nicht bis an das Paelamentsgebäude, doch bis in dessen unmittelbare Nähe. „Das Blut, welches fließt, kommt über Euch!" sagte Jones zu Lord Morpeth. Denn die Chartisten sagen, sie würden, wenn man sie gewähren ließe, die größte Ordnung beobachten, angegriffen sich aber vertheidigen. Da ihr Aufzug für ungesetzlich erklärt ist, so sagt der „Spectator": „Euer Blut kommt über Euch!" Die Regierung wird von den Bürgern kräftig unterstützt, und eine Revolution ist am Montag eben nicht zu fürchten, wohl aber der Anfang von Unruhen, die zuletzt mit einer Veränderung der englischen Staatsverfassung endigen müssen.

Frankreich.

* **Paris,** 10. April. Die Finanz- und Eigenthums-Verhältnisse bilden nicht nur in den vorzüglichsten Morgenblättern, sondern sogar bei den heutigen Offizierwahlen (Lieutenants) den vornehmlichen Gegenstand aller Betrachtungen. Sie klingen natürlich je nach dem Standpunkte der Partei ganz verschieden. Die Einen fürchten das Gespenst des Communismus und mit ihm ein Zurückführen in die Barbarei, die Anderen wagen nicht, ihre eigentlichen Wünsche zu verlautbaren, so lange die Stimme des Hungers noch irgendwie zu befriedigen ist. Diese Diskussionen bilden den wahren Charakter unserer Zeit, und verdienen die genaueste Aufmerksamkeit. Am Ernstlichsten war ihr Resultat im Barbés'schen Revolutionsklubb, der im Nationalpallast sitzt, und ein entschiedenes Gewicht in die Waagschale Frankreichs legen dürfte. Barbés, der Chef der ersten kommunistischen Emeute vom 12. Mai 1839, ist entschiedener Kommunist, will jedoch vorläufig nicht mehr mit Feuer und Schwert dareinschlagen, sondern hält den Bildungsstand Frankreichs hoch genug, um sich zunächst mit einem Besitzwechsel zu begnügen. Er und seine zahlreichen Freunde (worunter vorzüglich der geniale Vidal, dessen Werk über die Vertheilung der Reichthümer zu den bekanntesten literarischen Erscheinungen gehört) brachten vorgestern Abend diesen Eigenthumswechsel vor einer enormen Masse zur Sprache. Der große Hintersaal, gegenüber der Galerie d'Orleans, war zum Ersticken voll, und nach lebhaften Vorträgen, die alle den heutigen Verkehr, d. h. die Produktions- und Konsumtions-Verhältnisse, als die schrecklichste Anarchie darstellten und die Wurzel alles Uebels nannten, kamen folgende Beschlüsse zu Stande: „Der Ausschuß des Revolutionsklubbs hat sich zur provisorischen Regierung zu begeben, um ihr nachstehende Anträge zu überreichen: 1) Der Staat übernimmt die Bank mit sämmtlichen von ihr abhängigen oder mit ihr in Verbindung stehenden Departemental-Comptoirs, Provinzial-Banken, z. B. in Bordeaux, Marseille, Lyon, Lille, Straßburg 2c. 2c.; 2) die sogenannten Versicherungs-Anstalten auf bewegliches oder unbewegliches Eigenthum (Assekuranzen gegen Feuer, Hagel u. s. w.) gehen in die Hände des Staats über, und die provisorische Regierung möge die Privilegien-Verlängerung gewisser Compagnien, wie sie im Moniteur vom 8. ausgesprochen, zurücknehmen. 3) Alle Eisenbahnen ohne Ausnahme, Salzbergwerke, Hüttenwerke, Kohlen- und Erzgruben 2c. sind Staatseigenthum. Außer diesen Beschlüssen gingen noch drei andere Anträge: a) auf sofortige Einführung eines Papiergeldes wie in Deutschland, England und Rußland; b) Errichtung einer Statue zu Ehren Godefroy Cavaignac's; und c) auf sofortige Veröffentlichung der in den Tuilerien gefundenen zwei Portefeuilles mit Einstimmigkeit durch. — Das Journal des Débats, aus obigen Vorgängen Stoff für seinen leitenden Artikel ziehend, läutet die Sturmglocke an der Hausthüre des Finanz-Ministers und beschwört ihn, um Himmelswillen Frankreichs Wohlstand nicht durch Papiergeld zu tödten. „Nous n'en sortirons qu'après la ruiue complète des particuliers et de l'Etat." Klarer, wie in diesen Ausdrücken des bedeutendsten Organs der französischen Presse (bisher wenigstens) kann man nicht sprechen. — Der Messager bringt endlich den Text der Abdankungs-Akte Louis Philipps, sie lautet: „Ich entsage hiermit der Krone, die zu tragen mich der nationale Wille (?) berufen hatte, zu Gunsten meines Enkels, des Grafen von Paris. Möge er in Lösung der ihm heute zufallenden Aufgabe (tâche) glücklich sein (réussir). Am 24. Februar 1848. — (Gez.) Louis Philipp. — In der Nähe des Luxembourg-Schlosses fing gestern die neue Stadtpolizei ein heimliches Waffen-Depot, vorläufig nur von etwa 25 Gewehren, bei einem Krämer (épicier) auf, der mit der Vendee in Verbindung steht, und den Auftrag zu Waffenlieferungen erhalten zu haben scheint. — Viele französische Demokraten aus Boulogne und Calais sind nach London gereist, um der Chartisten-Demonstration am heutigen Tage beizuwohnen und eventuell am Kampfe Theil zu nehmen. Man sieht der nächsten Post aus London, die wir morgen früh erhalten, mit unbeschreiblicher Spannung entgegen. — Die Zahl der in den Pariser Nationalhandwerkstätten bis heute (10) beschäftigten Arbeiter beträgt 45,000, die im Laufe dieser Woche um ein Drittel steigen dürfte. Jeder dieser Arbeiter erhält täglich einen Lohn von 2 Frs. (16 Sgr). Die Staatskasse braucht also allein für diese Proletarier täglich 90,000 Frs. Diese 45,000 Arbeiter bilden aber kaum den elften Theil des Pariser Proletariats und Kleinbürgerthums, das ebenfalls von seiner Arbeit lebte und jetzt hungert. Wie wird sich Louis Blanc dann helfen, wenn Proletariat (Gesellen) und Kleinbürgerthum sich ebenfalls im Luxembourg einfinden und 2 Franken Tagelohn reklamiren werden? Die Diskussionen im Club de la Revolution vom Sonnabend geben die Antwort. (S. oben.) — Zwischen dem Papst und der provisorischen Regierung finden lebhafte Verhandlungen statt, welche zum Zweck haben, die Absichten des Papstes und der Regierung Behufs Feststellung der künftigen Lebensverhältnisse der franz. Geistlichkeit wo möglich noch vor Eröffnung der National-Versammlung in Einklang zu bringen. Die Februarhelden sind bekanntlich keine Orthodoxe und möchten der Geistlichkeit den Gehalt aus der Staatkasse streichen. Diejenige Gemeinde, die künftig einen Pfarrer haben wolle, solle ihn selbst bezahlen u. s. w. Darauf hat nun kürzlich Pius IX. mit einem Briefe, adressirt an seinen Gesandten in Paris (nuntius) geantwortet, der diesen Morgen unter dem Titel: „An unseren ehrwürdigen Bruder Raphael, Erzbischof von Nicea, apostolischem Nuntius des Papstes Pius IX., in Paris," vom Univers, Constitutionnel und sonstigen Blättern mitgetheilt wird. Wir bedauern weder Raum noch Zeit zur wörtlichen Mittheilung dieses Aktenstücks zu haben. Wir berühren hier nur die Hauptpunkte. Der Papst tadelt die geistlichen Zeitungsschreiber, will nicht, daß ein Seelsorger die Fragen geistlicher Zucht (discipline ecclésiastique) vor die Oeffentlichkeit bringe (!); er behält deren Lösung ausschließlich dem päpstlichen Stuhle vor und scheint schon die Bannstrahlen in Bereitschaft zu halten, falls die Nationalversammlung in die Rechte der Kirche eingreife; am schärfsten weist er diejenigen zurecht, welche der Geistlichkeit rathen, ihrem Staatsgehalt (dotation) selbst zu entsagen und unbeschränkte Freiheit dafür zu verlangen. Pius nennt Dotation freilich keinen Staatsgehalt, sondern nur sehr schwache Ausgleichung (compensatio) für die in der ersten großen französ. Revolution eingezogenen Kirchengüter. Wie sich die Nationalversammlung mit dieser Auslegung zufrieden stellen wird, muß man abwarten. Der Constitutionnel, der sein Augenglas auf die geistlichen Bestrebungen von jeher am schärfsten richtete und überall Jesuiten riecht, ist es nicht. Er sagt: „Wenn Staatsgehalt nicht mit Dotation gleichbedeutend genommen wird, so wäre der französische Geistliche kein bezahlter, sondern ein Nießbraucher (non retribué, mais propriétaire)." Gegen diese Deutung verwahrt sich der Jesuitenriecher sehr sarkastisch mit den Schlußworten: „. . . Man sieht, der heil. Vater ist Liberaler in Italien und sehr Conservativer in Frankreich. Sagten diese Doktrinen schon der vorigen Monarchie nicht zu, so werden sie bei der Republik noch viel weniger Gehör finden." — Offenbar wird die Feststellung der Zukunft der Geistlichkeit einen heißen Kampf absetzen, auf dessen Anfänge wir hiermit aufmerksam machen zu müssen glaubten. Wir werden diesem Kampfe Schritt für Schritt folgen, denn Alles, was an die Oekonomie gränzt, hat seine hohe Bedeutung. — Michel Chevalier und mehrere andere Professoren des Collège de France (das jetzt Staatsbeamten-Pflanzschule) sind abgesetzt, dagegen eine Menge neuer tüchtiger Republikaner ernannt.

* (Pariser Börse vom 10. April.) Unsere Börse bot heute eine überaus große Thätigkeit und die Staatsrenten gingen bedeutend in die Höhe; die 3% bis 41½ und die 5% bis 58¾. Diese Regsamkeit beruht auf folgenden Gründen: Die Börsenwelt nahm den Antrag, die große Bank und alle übrigen bisher selbstständigen Departementalbanken als Staatseigenthum zu erklären, außerordentlich günstig auf. Die Absicht der provisorischen Regierung nach deutschem und englischem Muster ein einförmiges Papiergeld zu schaffen, mit dem sie, statt mit Renten, die Kaufpreise für Eisenbahnen, Salz-, Metall- und Kohlenbergwerken 2c. bezahlen könne, wodurch eine bedeutende Masse solchen Papiergelds in die Geschäftswelt geworfen würde, was einen neuen Weg zur Spekulation eröffne; endlich die ruhig und prächtig abgelaufenen Offizierwahlen der Nationalgarde, Alles dies bewirkte die Regsamkeit unserer Börse. 3 pCt. 41½ (47½ pro ult.) 5 pCt. 58¾ (68½ pro ult.) Tresorscheine 43. Bank 965. Pariser Stadt-Obligationen 865. Zinkbergwerke 2000. Spanische Innere 14 baar. Römische 51½. Belgische 5 pCt. 57. Dito 1842er 57½. In russischen, österreichischen und dänischen kein Geschäft. St. Germain (nichts). Versailles rechts 92½, dito links 87½. Orleans 420. Rouen 300. Havre 160. Avignon 182½. Basel 70. Vierzon 210. Bordeaux 390. Nord 316¼ baar und Zeit. Lyon 305. Straßburg 338¾. Nantes 322½.

Spanien.

* **Madrid,** 4. April. Es ist der Regierung die angebliche Meldung zugegangen: daß französ. Emissäre sich mit den Chefs der baskischen Aufrührer in Verbindung gesetzt hätten, um einen Aufstand Behufs Proklamirung der Republik zu bereiten. Es wird hierüber so eben Ministerrath gehalten. Der Kriegs-

rath hat mehrere Verhaftete wieder freigesprochen. Andere sind an ihren Wunden gestorben.

Osmanisches Reich.

* Die Redaction ist ersucht worden, folgende Berichte in ihr Blatt aufzunehmen:

Belgrad, 5. April. (Schutzlosigkeit des Deutschen im Auslande.) Der Beamtendespotismus, der in alle Kreise in unserem Vaterlande nach und nach in fast alle bürgerliche und sociale Verhältnisse gedrungen ist, — die Bureaukratie, die ihn in allen seinen Richtungen genährt und belohnt hat, drängen uns zu Thaten. — Unsere Jugendphantasien sind verschwunden oder eigentlich durch Knechtschaft erdrückt und zerknickt worden. Wir wissen, daß das Leben keine Idylle ist, — lebhaft noch, aber trauernd und weinend denke ich an die Zeiten, wo wir wegen harmlosen Zusammenhaltens in der schönen Frühlingszeit unseres Lebens Jahre hindurch eingekerkert wurden, — von Gefühl-, Herz- und Geistlosen nach einer Carolina, nach einem Gendarmeriecodex oder Ukasen geknechtet wurden. — Hohle Schädel, Trachten und Masken verdrängten Tausende und aber Tausende unserer Brüder selbst in andere Welttheile, — Noth, Elend und Kummer war unser Reisegeld, nur der Blick nach dem Bettelstabe, den wir mit uns in die weite Ferne trugen, erregte das Heimweh nach unsern schönen deutschen Gauen, nach unsern deutschen Brüdern, — aber in harter Fremde sind es nicht die Osmanen und Rajas — nicht edle Brüder von fremden Nationen, — nein, die Tyrannen, welche man uns von Hause aus noch in die Fremde nachsendet; die Hofrathssöhnchen, die lieblichen Protectionskinder, die über einen Deutschen, der etwas gelernt hat, hochmüthig die Nase rümpfen, Kenntnisse und Tüchtigkeit als ein Mittel halten, um sich den Tagelohn zu erwerben, den sie uns unter dem Namen Steuern, Taxen, Portionen, Paßgebühren, Tagessatzung, Prozeßunkosten u. s. w. wiederum abzwingen und abplündern, unsere Leiber in Ketten schmieden, um uns zu den brutalsten Mißhandlungen in die allertiefsten der Rajas oder Osmanen zu werfen, die Frauen schamlos behandeln, unmündige Kinder den Eltern entziehen, um sie durch die allerstärksten Panduren mit Ruthen peitschen zu lassen, mit Standrecht und Galgengesetze ihr feines Handwerk treiben. Ehrlich und redlich mit deutschem Sinn und deutschem Herzen handeln und fühlen, sind bei diesen Menschen nur Utopien und Phantasien. — Man möchte glauben, daß diese Schilderung eine übertriebene ist; aber nein, es sind Thatsachen, die sich nicht wegleugnen, noch durch das Brevierlesen eines Jesuiten wegbeten lassen. Handlungen erwähnter Art kommen vor im k. k. österreichischen Konsulate zu Belgrad in Serbien. Alle Grausamkeiten, die täglich vorkommen, zu erwähnen, ist fast nicht möglich; aber die Fakta, die durch amtliche Noten und Depeschen nachzuweisen ich mich erbiete, mögen erwähnt werden. — Das zu Belgrad bestehende Amtspersonal des k. k. österreichischen Konsulats sind: Konsul von Meierhofer, ein Oberstlieutenant; Kanzler von Rößler, Hofrathssohn; Frater Geburtius, ein Klostermönch; ...liche, Feldwebel, Unteroffiziere, Panduren. Kerker, ...en und Ruthen sind im Konsulate, nöthigenfalls werden auch selbige von den Osmanen und Rajas verbindlichst für Deutsche requirirt. Gelderpressungen werden in sogenannter Kanzlei beim diplomatischen Klingelbeutel vorgenommen. Dauer dieser Handlung ist von 8—12 Uhr Morgens, und von 2—5 Uhr Abends. Ausgenommen ist die Zeit, wo Reisende Stunden und Tage lang auf ein Paßvisa für 30 Kr. zu warten haben, wenn der gnädige Herr Konsul oder der beliebte Kanzler schlafen, beim Gabelfrühstück sitzen, ausfahren, oder sonst aus vornehmer permanenter Bequemlichkeit nicht gelaunt sind. Nach diesem jahrelangen Vorspiele in Belgrad werden von hohen Orts aus in Wien und Berlin folgende Rechtsforderung geziemend beantragt:

1. Der Weltgeistliche Hr. Pater Carl Marik aus Pizak in Böhmen, der durch Jahre als Diener am Altar in Bulgarien und hier Orts das Wort Gottes lehrte, ist sofort öffentlich wegen der ihm zugefügten Behandlung in Belgrad zu vernehmen, ihm und dem Clerus die gebührende Genugthuung zu geben.

2. Der Kaufmann Herr Schwell hat den Herrn Oberstlieutenant vor zwei Jahren „Schurken" genannt — welche Genugthuung hat der Herr Schwell gegeben? — Das Faktum ist per Depesche der Staatskanzlei in Wien vor zwei Jahren bereits angezeigt.

3. Dem Berliner Bürgerssohn Herrn Gottfried Schulz, Maurermeister in Belgrad, ist ohne Ursache der Meisterbrief von diesem allbeliebten Konsul abgenommen, er selbst in die stärksten Ketten geschmiedet, in den tiefsten Kerker geworfen; er und seine vielen Gesellen wurden dadurch dem größten Elende preisgegeben. Dafür Rechenschaft und Genugthuung.

4. Gegen den Doctor Kallmann aus Schlesien ist amtlich der Antrag von besagtem Konsulate ergangen, ihn, wegen einer ganz unschuldigen Depesche bei der Staatskanzlei in Wien, der Willkür der Türken und Rajas zu übergeben, — ein Dienstmädchen in seinem Hause wurde auf Veranlassung dieses Konsuls Meierhofer auf die allergrausamste Weise behandelt, — dem Doctor Kallmann ist d. d. 21. Febr. 1848 der Eintritt in die k. k. österreichischen Staaten schriftlich untersagt, ihm somit die Rückkehr in sein geliebtes Vaterland unmöglich gemacht. Dafür Rechenschaft.

5. Nach vorliegenden Noten ist dieses Personal im Konsulate unfähig, Berichte zu erstatten. Dergleichen Berichte können keinen Werth haben; bei der Gegenwart, wo Belgrad ein wichtiger strategischer Ort ist, hat die Staatskanzlei zu Wien unbedingt einen fähigen und würdigen Mann an die Stelle zu senden, — Nepotismus bleibe aus, — es handelt sich hier Orts um die wichtigsten Interessen der Tausende von Deutschen, die daselbst leben, und um Deutschland selbst.

6. An Herrn Grafen v. Arnim, preußischem Gesandten in Wien, ist eine Depesche d. d. 8. März, Belgrad, zugesendet worden; das Recepisse liegt vor, belangend das willkürliche und sträfliche Grenzinterdikt des Doctor Kallmann. Biederes gesandtschaftliches Einschreiten und baldige amtliche Auskunft wird verlangt. Beide Momente sollten pflichtgemäß längst vollzogen sein.

Belgrad, 7. April. So eben geht die Nachricht ein, daß auf Anzeige des k. großbritanischen Generalkonsuls für Serbien bei seiner Gesandschaft in Konstantinopel dem österreichischen Consul Meierhofer in Belgrad die Weisung gegeben ist, daß er sofort wegen des Visa Interdicts in die österreichischen Grenzen gegen Herrn Dr. Kallmann, Rechenschaft geben soll, da der Herr Dr. Kallmann den Schutz der englischen Flagge hat.

Lokales und Provinzielles.

** Breslauer Communal-Angelegenheiten.

Breslau, 14. April. (Wahl.) Als in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten der Stadtverordnete Ludewig, welcher bei dem Wahlakt als Magistratsmitglied vorgeschlagen war, die Erklärung gab, daß er bereits seit 18 Jahren im Communaldienst gearbeitet, aber doch zu diesem Amte seine Kräfte nicht ausreichend finde, auch seine bürgerlichen Gewerbe fortbetreiben müsse, erwiderte der Vorsteher in der Befürwortung für den Candidaten, daß Ludewig zwar, da er schon so lange fungirt, wohl ablehnen könne, aber zu erwarten stehe, daß derselbe dem Rufe folgen werde, worauf jener sich bereit erklärte, das Amt annehmen zu wollen. Er erhielt, wie wir gestern mitgetheilt, bei der Wahl die Majorität.

Für die Wahl eines zweiten Stadtrathes an Stelle des ausscheidenden Stadtrathes Wittig war durch eine Eingabe mehrerer Bürger und Schutzverwandter der Baron Stücker als Candidat vorgeschlagen worden. Auch diesen Candidaten befürwortete der Vorsteher, indem er selbst die Proposition zu der seinigen machte, und die bekannte Gesinnungstüchtigkeit des Candidaten hervorhob. Baron Stücker, welcher ein Mitbegründer des hiesigen demokratischen Klubbs ist, in welchem sich schon zwei Magistratsmitglieder, die Stadträthe Becker und Theinert, befinden, ward ebenfalls mit Majorität gewählt. Außerdem wurden gewählt: zum Mitgliede der Bau-Deputation Herr Alexander Monhaupt, zum Vorsteher des Drei-Linden-Bezirks der Cafetier Kuhner, zum Vorsteher-Stellvertreter im Schloß-Bez. Kaufmann Schönfeld.

(Präsentation nur eines Candidaten zum Oberbürgermeister-Amte.) Der Vorsteher machte die Mittheilung, daß auf seinen in Berlin gestellten Antrag: daß Se. Majestät diesmal, im Drange der Zeit, von der Präsentation dreier Candidaten zum Oberbürgermeister-Amte abstrahiren möge, das Ministerium die Präsentation nur eines Candidaten genehmigen werde, wenn die städtischen Behörden ihre Zustimmung geben. Die Versammlung gab ihre Genehmigung.

(Kommandanten-Garten.) Die Stadtverordneten hatten schon neulich beschlossen, daß der Theil des Kommandanten-Gartens, welchen die Stadt vor längerer Zeit dem früheren Kommandanten gewährt hatte, jetzt wiederum zu städtischen Zwecken verwendet werden möge. Der Magistrat ist darauf eingegangen und so wurden auf Antrag desselben die Herren Pohl und Ackermann als Commissions-Mitglieder zur Abgrenzung des Gartens ernannt.

(Unterricht in englischer Sprache.) Auf Antrag der Gymnasial-Direktoren Schönborn und Fickert, und unter Zustimmung der Schulendeputation und des Magistrats soll der Unterricht in englischer Sprache auch in den Gymnasien eingeführt werden. Der Vorsteher und der Stadtverordnete Linderer hielten die Einführung mit dem Zwecke des Gymnasiums nicht vereinbar, und weil man mit eben dem Rechte auch das Italienische u. s. w. einführen könne. Französisch werde nur deshalb gelehrt, weil diese Sprache universelle Conversationssprache sei, alle anderen lebenden Sprachen müssen dem Privatunterrichte anheimgegeben werden, und nur in Realschulen lebende Sprachen Unterrichtsgegenstände seien. Auch würde bei zweistündlichem Unterricht in der Woche und erst von Sekunda ab, der Erfolg sehr zweifelhaft bleiben. Regenbrecht, Burghardt und Andere sprachen dagegen. Die Versammlung entschied sich für Nichteinführung des englischen Sprachunterrichts in Gymnasien.

(Maternekapelle.) Auf Antrag des Stadtverordneten Rößler beschloß die Versammlung, den Abbruch der Maternekapelle auf dem Elisabet-Kirchplatz vornehmen zu lassen. Der Magistrat wird um Zustimmung ersucht.

(Annonce.) Der Stadtverordnete Joseph Morawe macht auf ein Zeitungsinserat in Nr. 88 dieser Zeitung aufmerksam, in welchem gewissermaßen aufgefordert wird, wegen der durch Volksversammlung hervorgerufenen Aufregungen, den Wollmarkt in andere Städte zu verlegen, daß es also zweckmäßig erscheine, den Magistrat zu einem Gegenartikel zu veranlassen. Es wurde darauf von mehreren Seiten erwidert, daß auf Bestrebungen der Reaktionäre und auf deren verdächtigende Artikel niemand etwas gäbe, daß sie sich selbst ihr Urtheil sprächen und der Magistrat darauf nichts erwidern dürfe. Die Versammlung trat der Ansicht bei*).

(Bewilligungen.) Auf Antrag des Turnrathes und unter Zustimmung des Magistrats wurde dem zweiten Turnlehrer Hennig, der nur 200 Rthlr. Gehalt bezieht, eine Remuneration von 50 Rthlrn. und auf Antrag des Linderer auch dem Turnlehrer Rödelius eine gleiche Summe bewilligt. Für die erste Lehrerstelle der neuen Klasse in der Maria Magdalena Töchterschule wurde die Gehaltsumme von 400 Rthlr., für die zweite 250 Rthlr. bewilligt.

Breslau, 14. April. Der eben publizirte und vom 15. ab in Kraft tretende Fahrplan der Oberschlesischen Eisenbahn enthält durchgreifende Abänderungen und legt lautes Zeugniß von dem wohlmeinenden Bestreben der Verwaltung ab, in den weitesten Grenzen ihrer Verantwortlichkeit und ihrer durch höhere Vorschriften nicht verschränkten Disposition den Betrieb zu vervollkommnen. Dem Fahrplan liegt die principielle Trennung der Personen- und Güter-Züge zu Grunde. Bisher bestand gewissermaßen eine Ehe zur linken Hand zwischen beiden. Die nicht ebenbürtigen Personenzüge lebten in innigster Verbindung mit den Güter-Zügen, diesen aber blieb ausschließlich der Rang, der Titel, das Vorrecht. Daher die vielen gerechten Klagen und Beschwerden und die Stockung des innern Personen-Verkehrs. Letzterer war hauptsächlich auf die schwerfälligen Güterzüge angewiesen, und von diesen wurde die Regelmäßigkeit und Schnelligkeit von Personenzügen prätendirt. Eine gleichmäßige Berücksichtigung ließ sich nur durch Opfer erzielen. Die Oberschlesische Eisenbahn hat sie gebracht durch die Vermehrung der ordentlichen Züge, mit der allein die Trennung durchzuführen war. Unter sorgfältiger Wahrung der Anschlüsse sind zwei ordentliche Personenzüge bahnauf- und abwärts eingerichtet, neben ihnen ein Lokalzug zwischen Breslau und Oppeln, der Oppeln, Brieg, Grottkau, Neisse und Ohlau wieder vollständig in die, im bisherigen Fahrplane — gegen die Anträge der Verwaltung — verkümmerten Rechte einsetzt. Der bisher $12\frac{1}{4}$ Uhr abgehende Post-Zug, der unter der lästigen Vorschrift des event. einstündigen Wartens seufzte, geht regelmäßig um 2 Uhr ab, in Kommunikation einerseits mit dem Hamburg-Stettin-Berliner Zuge — anderseits mit dem Kosel-Wiener Zuge. Neben den Personenzügen bestehen selbstständig die Güterzüge. Nur einer derselben befördert, und zwar blos in der Richtung von Gleiwitz nach Myslowitz, auch Personen. Wir zweifeln nicht, daß der Fahrplan mit diesen großen Zugeständnissen die wohlverdiente Anerkennung der betheiligten Provinz finden, und daß der Bahn reichliche Entschädigung aus der sichern Hebung und dem noch beträchtlicheren Aufschwung des Verkehrs nicht entgehen werde.

Die Abschlüsse für das abgelaufene Betriebs-Jahr 1847 ergeben eine Einnahme von 674,582 Rthlr. bei 537,666 Rthlr. Ausgabe einschließlich der Zinsen mit $3\frac{1}{2}$ pCt. also gegen das Jahr 1846 ein Plus von 154,200 Rthlr. Die Bahn hat folglich $6\frac{1}{2}$ pCt. des Anlage-Stamm-Kapitals ertragen und ist mit Rücksicht auf das dem Staate zufallende $\frac{1}{2}$ t. und nach Zahlung der Zinsen mit $3\frac{1}{2}$ die Dividende vom Verwaltungsrathe auf $2\frac{1}{2}$ pCt. festgesetzt worden.

Daß mit jenen glücklichen Resultaten des Jahres 1847 die Ertrags-Fähigkeit der Oberschlesischen Eisenbahn erst annähernd und in ihrer ersten Entwickelung bestimmt ist, geht daraus hervor, daß sich im ersten Quartal dieses Jahres die Einnahmen gegen das entsprechende des Jahres 1847 um 55,734 Rthlr. gesteigert haben.

---

*) Der Einsender der betreffenden Zeitungsannonce, welchem übrigens bereits in der Bresl. Ztg. die gebührende Abfertigung zu Theil geworden, verlangte deren Aufnahme gegen Bezahlung der Gebühren. Die Redaktion hat bisher jedem derartigen Verlangen nachgegeben, nimmt jedoch aus diesem Falle Veranlassung zu erklären, daß sie solche Anzeigen und Artikel, welche das Gebiet der freien Meinungsäußerung verlassend und auf den Grund falscher Thatsachen bauend, ihre unzweideutigen Zwecke ins Werk zu setzen suchen, künftig auch gegen Bezahlung der Gebühren nicht in ihr Blatt aufnehmen wird.

△ **Breslau, 14. April.** Tagtäglich gelangen auf der niederschlesischen Bahn eine Menge Polen aus Paris hier an, welche zum größten Theile von hier aus wieder nach Krakau reisen. Sie beabsichtigen alle in den in Posen und in Galizien zu bildenden polnischen Nationalcorps Dienste zu nehmen. Auch die in der Algierer Fremdenlegion gewesenen polnischen Emigranten haben bereits ihre dortigen Verhältnisse gelöst, und gedenken ebenfalls in ihr Vaterland zurückzukommen. — Möchten sich jedoch diese durch jahrelange Verbannung so hart geprüften Männer nicht so zahlreich in Krakau versammeln, als es in ihrem Plane zu liegen scheint. Wer steht ihnen denn dafür, daß nicht die Russen, freilich gegen alles Völkerrecht, durch einen unvermutheten Ueberfall Krakau überrumpeln, um sich dieser für ihre Sache so begeisterten Männer mit einem Schlage insgesammt zu versichern?

---

1. — **Breslau,** 7. April. (Neunundzwanzigster Jahresbericht über die Wirksamkeit der schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt im Jahre 1847.) Die Zahl der Zöglinge zu Ende des Jahres 1847 war 43, von denen sich 40 in der Anstalt und 3 außer derselben befinden. Das Religionsverhältniß der Zöglinge ist: 23 evangelische, 18 katholische, zwei jüdische. Aus dem Regierungsbezirk Breslau sind 31, aus Liegnitz 1, und aus Oppeln 10 Zöglinge. Aus Pommern 1. — Das Geschlechtsverhältniß ist: männliche 29, weibliche 14. — Der Arbeits-Unterricht der Zöglinge hat das Ergebniß geliefert, daß von den gefertigten v. ult. 1846 Bestand gebliebenen Sachen für 583 Rthlr. 11 Sgr. 9 Pf. verkauft worden ist, von welcher Summe nach den nöthigen Ausgaben von 510 Rthl. 28 Sgr. 1 Pf. der Ueberschuß von 72 Rthlr. 13 Sgr. 8 Pf. zu der Haupteinnahme geflossen ist. — Der Kassen- und Vermögens-Zustand der Anstalt ist nach gelegter Jahres-Rechnung folgender: die Summa aller Einnahmen: 11,901 Rthl. 1 Sgr. 3 Pf. — Die Summa aller Ausgaben: 10662 Rthl. 13 Sgr. 3 Pf. — Es blieb sonach 1847 ein Bestand von 1238 Rthl. 18 Sgr. — Das ganze Vermögen der Anstalt beläuft sich gegenwärtig auf 42,623 Thlr. 13 Sgr., welches zum größten Theil in zinstragenden Papieren angelegt ist. — Außer diesem nachgewiesenen Vermögen besitzt die Anstalt noch die Grundstücke Nr. 14 und 15 an der Kreuzkirche, welche mit 29,780 Rthlr. bei der städtischen Feuer-Sozietät versichert sind und ein Mobiliar, mit 6000 Rthlr. versichert. Der Bericht enthält das Verzeichniß der Wohlthäter der Anstalt, welche jährliche Beiträge leisten, als auch derjenigen, welche die Anstalt mit besonderen Geschenken bedacht haben. — Von den im Jahre 47 der Anstalt zugekommenen Vermächtnissen sind die bedeutendsten: von dem königl. Ober-Amtmann Herrn Eisfeldt, 200 Rthlr., von dem Steuer-Einnehmer Herrn Hübner, als erste Hälfte, 100 Rthlr., und von dem Handlungs-Disponenten Herrn Bamberger 100 Rthlr. — Das Beamten-Personal der Anstalt ist: ein Oberlehrer, Herr Knie; ein Hülfslehrer für den wissenschaftlichen und Elementarunterricht, Hr. Hoffmann; ein Religionslehrer für die katholischen Zöglinge, Hr. Heumann; ein Musiklehrer für Blas- und Streich-Instrumente, Hr. Großpietsch; ein Gesanglehrer, Hr. Bunke; ein Harfenlehrer, Hr. Margs; eine Lehrerin in weiblichen Arbeiten, Fräulein Priedemann; ein Lehrer in den Handarbeiten für die männlichen Zöglinge, Hr. Böhk, Werkmeister. — Der Verein erwähnt mit dem verbindlichsten Danke, daß die Garnison-Verwaltung und die Direktionen der Niederschlesischen Eisenbahn und der Vereins-Droschenanstalt umfangreiche Bestellungen für die gewerbliche Thätigkeit der Zöglinge der Anstalt haben zukommen lassen. Gleichzeitig bittet er um reichliche Unterstützung, um recht bald in den Stand gesetzt zu werden, nicht nur wie früher 42, sondern mehr Blinde in Pflege nehmen zu können. — Der briefliche Verkehr mit dem Vereine ist dadurch erleichtert worden, daß der General-Postmeister Hr. Schaper für eingehende milde Beiträge Portofreiheit bewilligt hat. Der Verein bittet daher, die nicht mit Geld beschwerten Briefe ihm offen oder unter Kreuzband zuzusenden und mit der Bemerkung „Angelegenheiten des schlesischen Vereins für Blinden-Unterricht" zu versehen.

Breslau, 12. April. Der Verfasser des in der Breslauer Zeitung vom 8. April c. Nr. 84 abgedruckten Artikels:

„Warum finden die Ablösungen kein Ende?"

hat anscheinend mit Ueberzeugung ausgeführt, daß die Verzögerung der Ablösungen weniger der Generalkommission und deren Kommissarien, als den Ablösungsgesetzen selbst und hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben sei, daß die Ablösung nur auf den Antrag einer oder beider Parteien eingeleitet werden darf. Aber der Verfasser hätte, bevor er Anderen eine völlige Unkenntniß der bestehenden Gesetze vorwarf, sich selbst prüfen sollen, ob er denn nicht bloß den Buchstaben, sondern auch den Geist der Gesetze richtig zu würdigen wisse. Denn, wer je in der Lage gewesen ist, als Richter ein Gesetz anzuwenden und insbesondere, wer nur oberflächlich ein Ablösungsverfahren kennen gelernt hat, muß wissen, daß die Erfolge einer solchen Ablösung wesentlich von dem Geiste abhängen, in welchem die Gesetze von der die Ablösung leitenden Behörde gehandhabt werden. Das Gesetz stellt nur allgemeine Grundsätze auf und kann unmöglich für jeden Fall die speziellsten Vorschriften enthalten. In Bezug auf die Ablösungen vollends wäre ich begierig, von dem Verfasser jenes Aufsatzes zu erfahren, wo im Gesetze die technischen Grundsätze über die Veranschlagungen der Grundstücke und der mannigfaltigen Realberechtigungen und Verpflichtungen niedergelegt sind. Es leuchtet daher ein, daß nicht der todte Buchstabe des Gesetzes, sondern hauptsächlich die Praxis der Auseinandersetzungs-Behörden selbst von Einfluß auf die Resultate der Ablösung ist. Die Praxis der Behörde aber bildet sich wieder aus den Ansichten der einzelnen Mitglieder derselben. Ja! der Einfluß dieser Ansichten ist bei dem Ablösungsverfahren um so größer, als bekanntlich die Ablösungsgesetze selbst in den Punkten, die nothwendig in ein Gesetz gehören, höchst lückenhaft sind. Noch zwei Beispiele sollen jenen Ausspruch erläutern.

1) Beinahe im ganzen Breslauer Regierungsbezirke befinden sich die Dreschgärtner in derselben Lage; d. h. ihre Berechtigungen und Verpflichtungen sind sich auf den einzelnen Gütern ziemlich gleich. Dennoch ist es thatsächlich, daß bei den Ablösungen, die etwa bis zum Jahre 1846 abgeschlossen sind, die Dreschgärtner in der Regel dem Gutsherrn noch eine jährliche Rente von 1 bis 3 Thalern und mehr herausgeben mußten, während in der Neuzeit die Dreschgärtner in ähnlichen Verhältnissen nach Aufhebung ihrer Verpflichtungen und selbst nach Aufhebung der Grundzinsen der Gutsherrschaft nicht nur nichts herauszugeben, sondern von derselben sogar noch eine Rente und resp. Landabfindung zu erhalten haben. Daran wolle man erkennen, von welchem Einflusse es ist, daß seit circa 2 Jahren zwei neue technische Mitglieder in die Kommission getreten sind. Jene Unttrschiede der Ablösung finden sich oft in zwei benachbarten Gütern, und wer will sich nun noch wundern, wenn die Dreschgärtner jenes Mißverhältniß erkennen und darüber aufgebracht sind.

2) Das Recht auf Raff- und Leseholz und die Streuberechtigung haben bisher in der Regel den Berechtigten den vollen Bedarf gewährt und zur Unterhaltung ihrer Wirthschaften wesentlich beigetragen; ja in Oberschlesien sind jene Rechte die einzige Bedingung für die Subsistenz der kleinen Leute. In der Gemeinheitstheilungsordnung vom 7. Juni 1821 ist nun nirgends vorgeschrieben, daß, wer ein solches Recht zu seinem Bedarf hat, bei der Ablösung nicht auch für diesen Bedarf, sondern nur dafür abgefunden werden soll, was der belastete Wald an Raff- und Leseholz und Streu überhaupt mit Berücksichtigung aller Berechtigten zu gewähren vermag. Dennoch ist dieser Grundsatz bisher beinahe stets mit vieler Strenge zur Anwendung gebracht, und dieser Grundsatz hat in Verbindung mit der Art und Weise, wie die Forstverständigen den möglichen Ertrag des Waldes abschätzten, in sehr vielen Fällen zur Folge gehabt, daß die Berechtigten kaum eine Rente von $1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ Thalern erhielten, die mit ihren früheren Vortheilen bei der wirklichen Ausübung des Rechts in keinem Verhältnisse steht. Bei einer solchen Lage der Dinge erscheint es auch gar nicht wunderbar, daß in dem Schooße eines Kollegii selbst, welches fiskalische Forsten zu verwalten hat, ein Sachverständiger im Streite mit seinen Kollegen es unverhohlen eingestanden hat, daß sehr oft die Forstberechtigten nicht nach Recht und Billigkeit entschädigt worden sind.

Man erlasse es mir, noch mehr Beispiele aufzuführen; es ist schon nach dem Obigen klar, daß die Vorschrift, wonach der Antrag auf Ablösung lediglich von dem Willen der Parteien abhängt, die Verzögerung der Ablösung keineswegs allein verschuldet hat. Denn müssen die Parteien nicht mit Recht von der Provokation abgehalten werden, wenn ihnen Resultate, wie die obigen, vorliegen? Ich will auch nicht erwähnen, daß durch die Ungeschicktheit einzelner Kommissarien die Ablösungen erschwert und die Kosten unverantwortlich gesteigert werden; denn das ist schwer zu vermeiden. Wollte man dieß aber läugnen, so genügt es, anzuführen, daß in einer großen Forstablösungssache die Parteien bereits mehrere hundert Thaler, wenn nicht schon eintausend Thaler Kosten bezahlt haben, und daß diese Sache nunmehr theils durch den Kommissarius, noch mehr aber durch das Einwirken der ihn kontrolirenden Decernenten, so verwickelt und zugleich durchlöchert worden ist, daß von den technischen Mitgliedern nur Einer im Stande sein wird, sie mit unsäglicher Mühe wieder in die rechte Bahn zu leiten.

Alles Dieses hat offen dargelegt werden müssen, damit die vollständige Revision der Agrargesetze mit aller Kraft und Entschiedenheit betrieben werde und nicht wieder einschlafe. Durch Versprechungen läßt sich der Zeitgeist nur einmal beschwören! Auch die Beamten in diesem Fache müssen sich losreißen von den starren Formen und Grundsätzen, an denen sie bisher festgehalten haben, wenn sie nicht in Widerspruch mit den Bestrebungen der Zeit kommen wollen und wenn anders nicht die ruhmreiche Aufgabe, die der Verfasser des mehrerwähnten Artikels den Ablösungsgesetzen unterstellt, wiederum zu einer ruhmlosen werden soll.

Wahl-Angelegenheit.

Es ist der Fall vorgekommen, daß ein Hauswirth der Meinung war, das ihm eingehändigte Schema zur Aufzeichnung der Urwähler sei ein Papier, auf dem er eine Wahl vollziehen solle. Zur Vermeidung dieses und ähnlicher Mißverständnisse kann nicht oft und deutlich genug wiederholt werden, daß in die betreffenden Listen Vor- und Zuname und Stand jedes männlichen Hausbewohners einzutragen sind, der über 24 Jahre alt ist und weder durch richterliches Erkenntniß die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat, noch aus öffentlichen Mitteln Almosen empfängt. An der Seite des Schema's steht: „Bemerkungen". Unter dieser Rubrik ist einzutragen, wenn sich ein Hausbewohner noch nicht 6 Monate hierorts aufhält. Die ganze Sache ist so einfach, und doch will sich Irrthum einschleichen. T.

Es ist uns folgender Bericht eingesendet worden:

Breslau, 13. April. Der vaterländische Verein versammelte sich heut in Folge öffentlicher Einladung ungefähr 400 Mitglieder stark im Zahnschen Lokale, und war nicht nur von Breslauer Einwohnern aller Stände, sondern auch von 6 Deputirten aus Neumarkt und anderen aus den Landgemeinden Dürrgoi, Brocke, Karlowitz, Lilienthal, Rosenthal, Malkwitz vertreten und gebildet. Der Justizkommissarius Fischer, einer der Aufforderer, eröffnete mit herzlichen Begrüßungsworten die Versammlung, und nach gedrängter Angabe des Zweckes und Grundsatzes des Vereins von diesem für heut zum Ordner erwählt, brachte er eine später nur mit geringen Veränderungen angenommene Geschäftsordnung in Antrag. — Hierauf entwickelte Professor Ambrosch in kerniger Rede den Zweck des Vereins zu gemeinsamem Streben für das konstitutionelle Königthum auf Grund des Patents vom 18. März d. J. dahin, daß alle republikanischen, so wie alle reaktionären Bestrebungen als fremdartig entschieden fern gehalten und alles Trachten dagegen zunächst auf die vorzunehmenden Wahlen für unsere Vertretung in Berlin und Frankfurt gerichtet werden müsse, damit bei der hohen uns gewordenen Aufgabe: einen wohnlichen und dauerhaften Bau für Mit- und Nachwelt zu errichten, aus Schlesien nur würdige, an Herz, Kopf und Mund tüchtige Männer dahin entsendet werden möchten. Man möge sich nicht täuschen; der Geist, welcher jetzt wie ein Sturmwind vom mittelländischen Meere bis zur Nord- und Ostsee, vom atlantischen Ozean bis zur Weichsel über Europa dahinbrause, sei nicht ein gemachter, von einzelnen Menschen ausgehender oder hervorgerufener, sondern in seiner Macht und Allgemeinheit eben ein unverkennbares Zeichen, daß nach der göttlichen Weltordnung das alte starre System als veraltet fallen und einem neuen, frischen Leben und Gestalten Platz machen müsse. Er beantragte nun, schleunigst einen Aufruf an die schlesischen Städte und Landgemeinden zum Beitritt und zur Bildung ähnlicher mit dem hiesigen in Wechselbeziehung zu setzender Vereine. Der Entwurf zu einem Anschreiben an die Städte von Prof. Friedlieb, so wie der an die Landgemeinden von Prof. Ambrosch wurden jeder in einem besondern gemischten Ausschusse geprüft, später von der Versammlung angenommen und beschlossen, sofort denselben durch den Druck vervielfältigt nach allen Seiten hin an die resp. Bestimmungen abgehen zu lassen. — Ein Antrag des Assessor Schneer: der Verein möge, um jede unnöthige Meinungszersplitterung, ja selbst den Anschein davon nach außen zu vermeiden, dem gestern im Wintergarten gebildeten „schlesischen konstitutionellen Centralvereine" sich anschließen, wurde mehrfach von Morawe, v. Strachwitz und Andern bekämpft, besonders deshalb, weil Letzterer auf die Vereinigung der Stadt- und Landgemeinden so geringes Gewicht zu legen scheine, auch seine Grundsätze und Zwecke zur Zeit noch nicht öffentlich ausgesprochen habe, während die des vaterländischen Vereins bereits offen und frei vorlägen, endlich weil diese Kundgebung bereits in dem Zutritte auswärtiger und ländlicher Gemeinden als zeit- und sachgemäß anerkannt sei, und so ward dieser Anschluß abgelehnt, um sofort selbstständig handeln zu können. Hierauf wurde zur vorläufigen Geschäftsführung zunächst auf 2 Wochen erwählt: als Ordner der Justiz-Kommiss. Fischer, als **Ausschußmitglieder:** Ambrosch, Prof., Beer, Zimmerpolirer, Falk, Konsist.-Rath, Friedlieb, Prof., Morawe, Zimmermeister, Schadow, Tapezirer, Schneer, Assessor, Siebeneicher, Scholz, und v. Strachwitz, Gutsbesitzer. Zum Schatzmeister wählte man den Kaufmann Pupke und zu Schriftführern: Falk II., **Kämp, Scholz und Wolff.**

Zweite Beilage zu № 90 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 15. April 1848.

Berichtigung.

Der Artikel in der heutigen Breslauer Zeitung „△ Breslau, 13. April" über die am 12. d. M. im „Fürsten Blücher" stattgehabte Versammlung enthält nachstehende Unrichtigkeiten:

1. Nicht 100 Personen, sondern so viele, als der geräumige Saal faßt, waren anwesend, wozu also die Angabe einer geringeren Anzahl?
2. Es ist richtig, daß ein bis dahin der sich im genannten Lokale versammelnden Gesellschaft unbekannter Mann sich, was zu bedauern war, Ausfälle gegen Personen zu Schulden kommen ließ; unrichtig aber, daß er von den Vorsitzenden daran nicht gehindert worden sei, denn der Unterzeichnete veranlaßte ihn, den Rednerplatz zu verlassen, als er Miene machte, seine unpassende Rede fortzusetzen. — **Bevor man weiß, was Jemand sprechen wird, kann man ihm die Rede bekanntlich nicht verbieten.** Uebrigens muß bemerkt werden, daß diesem Herren gleich darauf von Anderen (wahrscheinlich seinen Bekannten) der Vorwurf gemacht wurde, wie er sich unterstehen könne, hier dergleichen vorzutragen, da er sich an der Richtung der von ihm genannten Personen bis jetzt selbst betheiligt hätte.

Sodann beziehe ich mich zur weiteren Berichtigung des Artikels auf die Berichte in den beiden anderen hiesigen Zeitungen.

Nadbyl.

△ **Breslau,** 14. April. Referent, dem die „Berichtigung" des Herrn Nadbyl vorgelegt worden ist, hat darauf kurz zu bemerken, daß sein Referat über die vom 12. d. im „Fürsten Blücher" stattgefundene Versammlung durchaus der Wahrheit gemäß ist. Ohne mich auf Nebendinge einzulassen, lege ich den Vorsitzenden in jener Versammlung wenigstens die Schuld zur Last, daß sie den Redner, welcher jene persönlichen Verdächtigungen aussprach, nicht gleich bei der Stelle: „nun so will ich denn die Personen nennen 2c." in seinem weiteren Vortrage unterbrochen haben, sondern ganz ruhig die in gehörigen Pausen stattgefundene Namensbezeichnung gestatteten.

Mannigfaltiges.

Die Frankf. Blätter enthalten folgende Erklärung: „Von dem preußischen vereinigten Landtage, beziehungsweise von den schlesischen Provinzialständen, sind wir Unterzeichnete zu Deputirten für die am 1sten Mai zusammentretende deutsche konstituirende National-Versammlung gewählt. — Wir danken den Wählern für das Vertrauen, das in der Anerkennung dieser höchsten Volksehre liegt. Aber wir haben nicht die Berechtigung, diese Wahl anzunehmen, weil den Wählern zu derselben die Berechtigung fehlte. — Die konstituirende deutsche Reichsversammlung kann nur aus dem Volkswillen hervorgehen; die Art und Weise ist durch das Frankfurter Vorparlament festgestellt. Der vereinigte Landtag vertritt den Volkswillen nicht und wir müssen daher Verzicht darauf leisten, auf diese Weise das Ziel unserer Bestrebungen zu erreichen. — Frankfurt a. M., den 11. April 1848. — Heinrich Simon. Abegg."

— * In Leipzig hat sich ein Verein gebildet unter dem Namen des „deutschen Vereins." Die Liste der gegenwärtigen Mitglieder trägt u. A. die Namen Dr. Laube, Prof. Otto Jahn, Dr. A. Diezmann, v. d. Planitz 2c. 2c. Der größere Theil der Mitglieder sind bis jetzt Advokaten, Gelehrte, Buchhändler und Kaufleute. Auch eine Anzahl Handwerker und einige Studenten befinden sich darunter. Der Verein stellt in seinem Programm folgende beiden Hauptforderungen auf:

1) Ein deutscher Bundesstaat mit volksthümlichem Parlament, der die Gesammtheit des deutschen Volkes umfaßt;

2) in den einzelnen Staaten constitutionelle Monarchie, ruhend auf breitester demokratischer Grundlage.

Wenn Gefahr für das Vaterland eintritt, wird er es als seine ernsteste Aufgabe erkennen, für die Vertheidigung desselben nach Kräften mitzuwirken.

Derselbe fordert zur Bildung von ähnlichen Vereinen auf und bittet diese, dem Leipziger Verein unter der Aufschrift:

an den provisorischen Ausschuß des deutschen Vereins zu Leipzig

von den Fortschritten ihrer Bemühungen Kenntniß zu geben. Er wird bis auf Weiteres alle derartige einlaufende Mittheilungen zusammenstellen und öffentlich Bericht erstatten, auch Vorschläge aller Art zwischen den Vereinen vermitteln. In dem beigelegten Wahlmanifest werden 18 Punkte aufgeführt, welche er in einem deutschen Parlament durchgesetzt wissen will. Es sind dies sämmtlich Forderungen, welche fast in allen Ländern Deutschlands gestellt werden. Wir heben hervor: Aufhebung aller Paßschererei, Aufhebung des stehenden Heeres (sobald die äußere Kriegsgefahr beseitigt ist), bis auf einen Kern aller Truppengattungen. — Das Wahlmanifest mahnt von jedem voreiligen Streit über den besondern Namen und die besondere Form der deutschen Verfassung ab. Der konstituirenden Versammlung bestehe darüber die Bestimmung zu.

— Paul Girand sagte schon in der unter dem Drucke der Censur erschienenen Broschüre: „Preußische Post-Zustände": „Es giebt Postämter, bei denen nach der von den Provinzial-Post-Inspektoren entworfenen und von der obersten Post-Direktion genehmigten Geschäfts-Eintheilung einzelnen Beamten die Arbeitszeit von 13 bis 14 Stunden auf den Tag zugemessen ist (auf Verlangen können mehre dieser Aemter namhaft gemacht werden); 11 bis 12 tägliche Dienststunden ist etwas Gewöhnliches, und hierzu tritt noch der Nachtdienst. Wenn schon an und für sich eine so lange und dabei anstrengende tägliche Beschäftigung erschlaffen und die Kräfte des selbst stärksten Körpers vor der Zeit lähmen mag, so muß diese Lage bei den Postbeamten ein um so schmerzlicheres Gefühl erwecken, da sie sich im Vergleiche zu anderen Beamtenklassen nur allein in dieser Beziehung in einer so äußerst nachtheiligen Lage erblicken. Wie sind aber noch dazu die Postbeamten überall zu arbeiten gezwungen? Wie der Sklave, dem die Knute bei der Arbeit schon über dem Nacken schwebt. Die Knute, die sie treibt, sind ihre Ambition und Ordnungsstrafen, welche sie treffen, wenn sie nicht zur bestimmten Minute mit ihrer Arbeit fertig sind. Es soll Seitens der Post-Inspektoren häufig die dringende Nothwendigkeit der Vergrößerung des Postpersonals als bei einzelnen Post-Aemtern konstatirt sein, und dennoch sollen diese gewiß aus innigster Ueberzeugung entsprungenen und zum Theil auch durch Mitgefühl hervorgerufenen Forderungen (dieser Commissarien des General-Post-Amts) höhern Orts aus unbekannten Gründen weder Billigung noch Berücksichtigung gefunden haben." — Dies schreibt Paul Girand im Jahre 1843. Und jetzt ist die Lage dieser Beamten nicht um ein Haar breit besser, — weil der Geist höchster Bureaukratie und Härte sich bei dem General-Postamte, auch durch den Wechsel des Chefs nichts verändert hat. Herr v. Schaper will das Bessere, er wird wissentlich keine Ungerechtigkeiten dulden, er wird Ueberbürdungen der Beamten nicht gut heißen, die Protection Verdienstloser nicht fördern! Kann er indeß Alles übersehen! Kann er, der persönlich die größte Liebe und das Vertrauen der Beamten besitzt, kann er die Abneigung und das Mißtrauen, welches der ganze Beamtenstand gegen seine nächsten Umgebungen äußert, verhindern? Wir kennen nur zwei geh. Post-Räthe, Herrn Timme und den Graf von der Gröben, die Vertrauen einflößen. Diese haben sich nie herzlos gezeigt, und nie in empörender Weise überhoben. Uns liegen eine Menge eingesandter Data's vor, woselbst nach den von dem königl. General-Postamt genehmigten Geschäfts-Eintheilungen Post-Beamten (namentlich solchen, bei Brief-Annahmen Beschäftigten), eine tägliche Dienstzeit von 11, 12, 13 auch 13½ Stunden zugewiesen ist. Manchen Beamten ist die Dienstfunction von 6—1 Uhr Vormittags und 2—8 Uhr Nachmittags überwiesen; ferner haben wir eine Menge von Original-General-Postamts-Verfügungen in Händen, die dem Geiste dieser Behörde den klarsten Beweis liefern. Der Raum gestattet uns hier nicht, auf Details einzugehen, und wir werden jene Aktenstücke daher in einem besondern Hefte zusammenstellen.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug die Frequenz in der Woche vom 26. März bis incl. 1. April d. J. 9854 Personen und 27183 Rtlr. 14 Sgr. 11 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport 2c., vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Controle.

Verzeichniß

derjenigen Schiffer, welche am 13. April Glogau stromaufwärts passirten.

Schiffer oder Steuermann	Ladung	von	nach
L. Wiene aus Breslau,	Kartoffeln	Lebus	Breslau.
Fr. Schmidt aus Driesen,	Mehl	Potsdam	dto.
K. Arnsdorf aus Bromberg,	dto.	dto.	dto.
Fr. Ermler aus Pernig,	Kartoffeln	Lebus	dto.
Fr. Piefke aus Neusalz,	dto.	dto.	dto.
J. Machule aus Neusalz,	dto.	dto.	dto.
A. Herthel aus Maltsch,	dto.	dto.	dto.
R. Seeliger aus Maltsch,	dto.	dto.	dto.
W. Neumann aus Saabor,	Leinsaamen	Stettin	dto.
F. Renner aus Maltsch,	Güter	dto.	dto.
K. Seehl aus Stettin,	Leinsaamen	dto.	dto.
E. Hennig aus Neusalz,	Güter	dto.	dto.
W. Schulz aus Krossen,	dto.	dto.	dto.
J. Ehritz aus Küstrin,	Roggen	Priebus	dto.
A. Koppe aus Küstrin,	dto.	Sonnenburg	dto.
J. G. Hotscheck aus Boyadel,	Güter	Stettin	dto.
K. Summ aus Doberwitz,	dto.	dto.	dto.

(Berichtigug.) In der gestr. Ztg. S. 939 Zeile 4 von u. l. „Verfechter" st. Verfasser.

Aufforderung.

Mit Bezug auf § 2 des Statuts des Schlesischen konstitutionellen Central-Vereins, dahin lautend:

„der Verein nimmt in der Voraussetzung, daß sich ihm Vereine gleicher Tendenz in den Städten und auf dem platten Lande der Provinz Schlesien und in einzelnen Bezirken der Stadt Breslau anschließen werden, den Namen des „Schlesischen konstitutionellen Central-Vereins" an,

ergeht an alle Bewohner der Provinz Schlesien, welche sich anschließen der Tendenz des Central-Vereins,

„hinzuwirken auf Errichtung und Erhaltung der konstitutionellen preußischen Monarchie und eines in sich und nach Außen festgeschlossenen, auf gleichen politischen Institutionen beruhenden, einigen Deutschlands, auf vollkommen freie Entwickelung aller geistigen und materiellen Kräfte, Verbrüderung und Gleichheit aller Klassen und Stände, Erweckung der Theilnahme für das Gemeinwesen und eines freien Volkslebens, durchdrungen von der Heilighaltung des Gesetzes,"

die Aufforderung, Vereine gleicher Tendenz zu errichten, und, daß dies geschehen, zur Kenntniß des Central-Vereins zu bringen. In einem alsbald zu berufenden Kongresse von Deputirten aller konstitutionellen Vereine Schlesiens werden die Verhältnisse derselben unter einander festzustellen sein.

Gräff,
provisorischer Präsident des Vereins.

Schlesischer konstitutioneller Central-Verein.

Versammlung, Sonnabend den 15. April 7 Uhr im russischen Kaiser.

Tages-Ordnung:

1) Vorlage des nach den Beschlüssen der konstituirenden Versammlung redigirten Statutes.
2) Reform der Städte-Verfassung.
3) Vorschlag zur Gründung eines konstitutionellen Volksblattes.
4) Bericht der Kommission über die Mahlsteuer-Angelegenheit.

Die Mitglieder-Liste liegt zur Namens-Einzeichnung in der Börse aus. Die von Vereins-Mitgliedern in Cirkulation gesetzten Listen bitte ich mir vor Beginn der Sitzung einzuhändigen.

Gräff, provis. Präsident des Vereins.

Die Unterzeichneten, durch die gemeinsame Ueberzeugung zusammengeführt, daß die konstitutionelle Monarchie hinlängliche Garantien für die gegenwärtige Entwickelung der Volksfreiheit und des Volksglückes bietet, wenn der Thron von demokratischen Institutionen umgeben ist, sind zu einem Vereine zusammengetreten, welcher sich der

demokratisch-konstitutionelle Klubb

nennt. — In der Ueberzeugung ferner, daß in der konstitutionellen Monarchie nur dann etwas Sicheres geschaffen werden kann, wenn man es ehrlich mit derselben meint und wenn die Freiheit dem ganzen Volke zu Theil wird, die Selbstregierung auf das ganze Volk übergeht, hat sich der Klubb über das nachstehende Programm vereinigt. Keine frühere politische Meinung ist Hinderniß der Aufnahme in den Klubb. Wer aber seine Theilnahme an ihm erklärt, bekennt sich in vollem Umfange zu den Grundsätzen seines Programms, und muß ihnen treu bleiben. — Alle diejenigen, welche demgemäß unserem Vereine beitreten wollen, fordern wir auf, sich am 15. d. M., Sonnabend 6 Uhr, im Liebich'schen Garten einzufinden.

Programm des demokratisch-konstitutionellen Klubbs in Breslau.

1. Wir wollen an der Gründung und Aufrechterhaltung der demokratisch-konstitutionellen Monarchie ehrlich und mit Hingebung arbeiten.

2. Wir finden die alleinige Garantie für die Verwirklichung unseres Zweckes in der konsequenten Durchführung der Selbstregierung. Wir fordern also für den Staat Gesetze, welche der Ausdruck des Volkswillens sind, und die Gewähr, daß der Volkswille Gesetzeskraft erlange; für die Leitung der allgemeinen Staatsangelegenheiten Männer, welche sich dem Volkswillen mit Ueberzeugung hingeben und für die Gemeinden und Gesellschaften freie und selbstständige Ordnung ihrer Angelegenheiten ohne Einmischung des Staats. Wir wollen die Unverletzlichkeit des Königs, aber verantwortliche Minister.

3. Vertrauend auf die Verheißungen des Königs wollen wir sie durch eine vollständige, direkt gewählte Vertretung des gesammten Volkes in einem ungetheilten Körper verwirklicht sehen, und halten alle bis zur Volksvertretung ergangenen oder noch ergehenden Gesetze, welche die neue Gestaltung des Staates und der Regierung betreffen, nur für provisorische.

4. Wir wollen

Gleichheit vor dem Gesetze für Alle, keine vom Zufalle oder Geburt abhängigen Rechte und Privilegien;
Gleiche Wahlfähigkeit und Wählbarkeit zur Volksvertretung für alle selbstständigen Staatsbürger, — freies Vereinigungs-, freies Versammlungsrecht;
freies Wort und vollständige Freiheit der Presse;
Schutz der persönlichen Freiheit;
Nationalbewaffnung, Verminderung und endliche Abschaffung des stehenden Heeres, Pensionen nur bei wirklicher und unverschuldeter Dienstunfähigkeit und nur in einer dem Bedürfniß entsprechenden Höhe;
Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, Schwurgerichte in Strafsachen, Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes;
Entfesselung des Grund und Bodens von Feudallasten, persönlicher Dienstbarkeit und ausschließlichen Jagdrechten, Abschaffnng der Lehne, Fideicommisse, Erbzinse und Erbpächte mit Entschädigung der Berechtigten in den geeigneten Fällen;

Wir wollen ferner
keine herrschende Kirche, gleiche Rechte für alle Religionsbekenntnisse;
Lehr- und Lernfreiheit ohne Einfluß der Kirche;
Volksunterricht auf Kosten des Staates, damit Fähigkeiten, wo sie sich finden, sich ungehindert entwickeln, geistige Bildung das ganze Volk durchdringen und das politische Bewußtsein kräftigen möge.

Wir wollen endlich
gleiche Berechtigung der Arbeit, der Intelligenz und des Kapitals, Freiheit für die Thätigkeit des Einzelnen, aber Sicherung des Arbeiters durch gerechte Verwerthung seiner Kräfte und Ausgleichung auseinandergehender Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber auf dem Wege freier Vereinigung.

5. Wir werden die Freiheit der Wahlen überwachen, werden zu Volksvertretern und Aemtern Personen vorschlagen, deren Fähigkeit und redliche Gesinnung wir erkannt und für ihre Wahl durch Wort und Schrift zu wirken suchen; wir werden den Nepotismus, die Intrigue, die Corruption und Stellenjägerei bekämpfen.

6. Wir werden endlich unsern Verein auflösen, wenn wir in der Konstitution die Möglichkeit der Garantie für Wahrheit, Freiheit und Volksglück nicht mehr finden.

Breslau, den 13. April 1848.

Philipp Dyhrenfurth. Grubert. Pflicker. Friedr. Lewald. Wilh. Ucke. Friedr. Körner. Ferd. Guhrauer II. Dr. Kurnik. Rosenbaum. Julius Guhrauer I. Hüllebrand. W. Hennig. Schierer. Güttler. Schmiedel. Emanuel Hein. Julius Schweizer. Hugo Meyer. Schwürz. Studt. Brüchner. B. Stern. Gustav Jordan. Fürst. J. Jäckel. August Jäckel.

Aufruf an sämmtliche Bewohner Breslau's zur Unterstützung des Berliner schleswig-holsteinschen Freikorps.

Brüder! ein fremder Fürst will einen Theil Deutschlands, das schöne Land Schleswig-Holstein, durch natürliche Lage, durch historisches Recht unser Eigen, aus Eroberungssucht für sich selbst usurpiren; er hört nicht die Stimme der Vernunft, er weiset schnöde jeden Friedensantrag zurück, er hat die blutige Kriegesfackel angezündet in dem friedlichen Lande, seine feilen Söldner sengen, plündern und üben Gräuel der Verwüstung in den Gauen, welche sie durch Uebermacht, nicht durch Tapferkeit erworben.

Meine Brüder! sollen wir, die wir die Regeneration Deutschlands mit Freuden begrüßen, es dulden, daß das freie Volk der Schleswig-Holsteiner einem fremden Staate einverleibt werde? sollen wir es abwarten, bis der übermüthige Kronträger im eroberten Schleswig-Holstein seine Friedensbedingungen diktirt? sollen wir — doch still, wozu Fragen, deren Antworten „Nein" ist.

Was sollen wir also thun?

Das Schwerdt schwingen sollen wir! beweisen sollen wir dem räuberischen Usurpator, daß es den Deutschen Ernst ist, ein einig Volk von Brüdern zu sein, daß wir die Unterdrückung, auch des geringsten Theiles von Deutschland als eine Kriegs-Erklärung für das ganze Reich betrachten.

Unser Wahlspruch sei: „Einer für Alle und Alle für Einen," und unser Prinzip: „Hab' und Gut, Leib und Leben freudig der Befreiung des Vaterlandes aufzuopfern." — Von solchen Gesinnungen beseelt, hat sich in Berlin aus Studenten, Künstlern und Arbeitern ein Freikorps gebildet, um so bald als möglich nach Schleswig-Holstein zu eilen, was nach den neuesten, traurigen Nachrichten doppelt nöthig ist.

Es fehlt aber dem größten Theil dieser muthigen Freischaar die Equipirung und namentlich Waffen; das hohe Kriegsministerium hat erklärt, es habe keine Büchsen und Hirschfänger, und deshalb hat sich das Comité des Freicorps genöthigt gesehen durch Beiträge die nothwendigen Summen zu erhalten zu suchen.

Meine Brüder, ich bin in gleicher Absicht nach Breslau gekommen, ich mache es mir zur ehrenvollen Pflicht, Euch aufzufordern, durch Gaben der Liebe, den Kräften eines Jeden angemessen, zur Erreichung eines so hohen heiligen Zweckes beizutragen. Ihr werdet Euch desselben gewiß nicht weigern und ich habe drum nicht nöthig ein Wort weiter zu reden, die Sache selbst spricht ja laut genug, aber das will ich Euch zum Schluß noch zurufen:

Wer schnell giebt, giebt doppelt!

Beiträge nehmen bereitwillig in Empfang:
1) die Expedition dieser Zeitung,
2) die von mir sich dazu legitimirenden Personen.

Die ausliegenden und herumgehenden Listen sind durch meine Namensunterschrift beglaubigt und mit meinem Wappen gesiegelt.

Die Waffen, welche gezeichnet werden, lasse ich gegen Quittung abholen und über die Beiträge werden öffentlich quittirt.

Im Namen des Freicorps:
Paul Freiherr v. Seydewitz, Stud. phil.

Erklärung eines Landtags-Abgeordneten.

Bei der Berathung über das projektirte Anlehen habe ich als Vertreter des Adelnauer Kreises im Großherzogthum Posen das Wort verlangt. Es ist mir solches, wie aus dem Protokolle hervorgeht, nicht gewährt worden.

Was ich im Interesse meiner Committenten sagen wollte und sagen mußte, ist Folgendes:

Meine Herren! Die Frage der Geldbewilligung ist für die Vertreter des Großherzogthums Posen wesentlich eine andere.

Es ist uns die Wiederherstellung unseres Vaterlandes durch die Sympathien aller Regierungen gesichert und durch die Reorganisation des Großherzogthums Posen bereits angebahnt.

Wir können der Regierung — so bereit wir auch zu Opfern sind — nur dann Mittel bewilligen, wenn wir unseren Committenten gegenüber den Nachweis offen legen, daß diese Gelder auch zu Anbahnung der Selbstständigkeit eines Polenreiches verwendet werden.

Bis heute ist der Zustand unserer Provinz leider unerfreulich. — Die Verantwortung trifft nur die Regierung! Der versprochenen Anbahnung polnischer Selbstständigkeit widersprechen 30,000 Mann neu zugezogener deutscher Truppen. Ob diese Truppen zur Hülfe unserer politischen Brüder im Königreiche Polen angezogen, ob sie ein Observations-Corps an der russisch-polnischen Grenze bilden sollen, darüber müssen sich die verantwortlichen Minister erklären.

Das Ministerium der Verantwortlichkeit ist zu rücksichtsloser Offenheit verpflichtet.

Man spricht von grauenhafter Ungesetzlichkeit. — Meine Herren! sie sind nur Folge der Unentschiedenheit der Regierung! —

So lange der Pole in dem Deutschen seinen Bedrücker — der Deutsche in dem Polen den Insurgenten wähnen muß — so lange, meine Herren! sind Anbahnungen polnischer Nationalität nichts als Worte!

Wir wollen Geld bewilligen, sobald das Ministerium uns thätige Hülfe zur Wiederherstellung unseres Vaterlandes zusichert und kriegsgerechte Rüstungen in der Provinz Posen anordnet.

Sobald die Unentschiedenheit beseitigt und der Bewegung ein Ziel vorgestreckt ist, hören Befehdungen und Gräuel auf.

Wir verkennen die Schwierigkeiten der Ausführung nicht. Sie finden bei friedlicher Lösung ihre Ausgleichung.

Wir tragen mit Stolz neben der deutschen Kokarde die polnische als Symbol der Verbrüderung und des Dankes für die Zusicherung des Beistandes, den die deutsche Nation uns für den Kampf mit Rußland zugesichert hat. — Diese Kokarde wird heute von den deutschen Behörden abgerissen. — Die Kommission zur Anbahnung polnischer Selbstständigkeit beginnt ihre Thätigkeit durch Entwaffnung der Polen.

Wir wollen keine Unordnung, wir dulden keine Ungesetzlichkeiten — die Deutschen in unserem Lande sind in ihrer Existenz und ihrer Zukunft mit unserem Wohle verschwistert.

Aber, meine Herren, unser Kampf gegen Rußland ist auch der Kampf, welcher Deutschland und vor Allem Preußen den Fortgenuß der neu errungenen Freiheit sichert.

Das Gebiet des freien Polenreiches — durch Handelsverträge mit dem deutschen Nachbarlande verbunden — ist der Markt für die Produkte der deutschen Industrie und die Vorrathskammer für eine in den letzten Jahren leider in Schlesien und Ostpreußen tiefgefühlte Noth.

Seit in Krakau der letzte Stapelplatz für die Erzeugnisse der preußischen Fabriken verloren ging, hat sich Arbeitslosigkeit und Noth in schreckenerregender Weise vermehrt.

Deshalb, meine Herren, verlangen wir die Wiederherstellung unseres Vaterlandes nicht einzig in unserem Interesse, sondern auch zu Deutschlands und vor Allem Preußens Wohl, und wollen gern mit Opfer von Gut und Blut eine Regierung aufrecht erhalten, die solche mit Treue und Wahrheit in Aussicht stellt.

Ohne Verantwortlichkeit gegen die von uns vertretene Provinz können wir aber keine Anleihe bewilligen, so lange die Frage unserer Zukunft unentschieden und das Ministerium der Versammlung die Beschlußnahme vorenthält, welche Maßregel zu Wiederherstellung des Polenreiches ergriffen werden soll.

Berlin, den 10. April 1848.

N. Niemojowski,
Abgeordn. des Adelnauer Kreises im Großh. Posen.

Die Beamten des Ober-Post-Amts in Breslau sind heute zu einem Vereine zusammengetreten, um über ihre gemeinsamen Interessen und Wünsche und über Abhülfe vorhandener Uebelstände gemeinschaftlich zu berathen und das Ergebniß zur Kenntniß des Hrn. General-Postmeisters v. Schaper zu bringen. — Sämmtliche Kollegen in der Provinz Schlesien werden hiermit aufgefordet, sich hierbei zu betheiligen. Die Versammlungen finden wöchentlich Dienstag, Donnerstag und Sonnabend statt; schriftliche Vorschläge werden unter der Adresse des Unterzeichneten erbeten. — Breslau, 13. April 1848. — Namens des Vereins:
von Negelein, Ober-Post-Sekretär.

Geliebte Landgemeinden!

Bald nahen die großen Tage, an welchen zwischen unserem Könige und den Vertretern unseres ganzen Vaterlandes die Vereinbarung über die künftige Verfassung Preußens stattfinden wird: eine Vereinbarung, welche nichts Geringeres als eine unwandelbar feste Grundlage bezweckt, auf welche sich unser und unserer Kinder, wie des gesammten Vaterlandes Heil und Frieden sicher und herrlich erheben und, so Gott Segen verleiht, lange Jahrhunderte hindurch unerschütterlich fortdauern soll. An uns ist es daher, als Männer und Vaterlandsfreunde unsere Schuldigkeit zu thun; an uns ist es, die hohen Rechte, welche dem Volke durch die gewaltigen Ereignisse der jüngsten Zeit zu Theil geworden, mit dem heiligsten Ernste des tiefsten Pflichtgefühls zu benutzen; an uns ist es, mit aller Kraft dahin zu streben, daß Niemand als Vertreter der unantastbaren Rechte des Volkes erscheine, der nicht mit hoher Einsicht in die wahren Interessen unseres Vaterlandes auch den begeisterten Willen verbindet, all' sein Denken und Thun dem Besten unseres schönen Schlesiens zu weihen. Wollen wir aber diesen heiligen Zweck glücklich erreichen, so müssen wir Schlesier alle gemeinsam und einig handeln. Daher haben wir hier in der Hauptstadt mit unseren nächsten Landgemeinden uns zusammengethan, um gemeinsam dahin zu streben, daß Niemand als Vertreter des schlesischen Volks nach Berlin gelange, dem nicht Schlesiens Glück und Wohlfahrt heilig und theuer wie sein eigenes ist. Auch haben wir an die Städte in der Provinz geschrieben und sie dringend aufgefordert, zu dem gleichen Zwecke Vereine zu gründen zwischen Stadt und Land, und uns eben so Kunde zu geben von ihrem Thun, wie sie von dem unserigen Kenntniß erhalten werden. Ziehet Euch denn nicht zurück, wenn Euch die Städte zu gemeinsamen Wirken für das Vaterland auffordern, sondern handelt mit ihnen gemeinsam und einig, immerdar eingedenk, daß, was wir mit vereinter Kraft und Einsicht und Begeisterung in den nächsten Wochen gründen, der Grundstein zum Heiligthume vaterländischen Glückes und Segens ist, in welchem dereinst noch unsere Kinder und Enkel und Urenkel sicher wohnen und die Früchte der Thatkraft ihrer Altvordern mit unvergänglicher Dankbarkeit genießen werden.

Breslau, den 13. April 1848.

Das Comité des vaterländischen Vereins.

Ferd. Fischer, Justiz-Commissar. Ordner. Ferd. Morawe, Zimmermeister. Aeltester. Dr. Ambrosch, Professor. Falk, Consistorial-Rath. Dr. Friedlieb, Professor. Siebeneicher, Gerichtsscholz zu Lilienthal. Dr. Schneer, Regierungs-Assessor. Baer, Zimmerpolirer: Schadow, Tapezirer. v. Strachwitz. Dr. Falk, Referendar. Kämp, Rektor. Scholz, Candidat. Wolff, Bau-Inspektor.

Ergebene Anfrage.

Warum hat die Oberschlesische Eisenbahn-Direktion diesen Monat nicht auch schon eine angemessene Dividende zu zahlen angekündigt, nachdem dieselbe seit 2 Terminen auch nur $3\frac{1}{2}$ pC. Zinsen giebt, und die Breslau-Freiburger Direktion bereits seit 3 Jahren Dividenden gezahlt hat? An prunkenden Einnahmen fehlt es ja nicht, nach den monatlichen Zeitungs-Anzeigen zu urtheilen.

Ein Aktionär.

Antwort.

Guten Morgen, ich wünsche wohl geschlafen zu haben! Dies zur Antwort auf die Frage in der gestrigen Zeitung: wer das Parlament in Frankfurt gewählt habe.

Es ist kaum glaublich, daß bereits um Stimmen zu einem Deputirten von einem meines Gleichen aus Saara durch Circular gebettelt wird.

Die Wahl muß aus eigener Ueberzeugung jedes einzelnen des Volkes hervorgehen, deshalb steht zu erwarten, daß Niemand auf solche Bitten achten wird.

Ein Rusticalbesitzer.

Theater-Repertoire.

Sonnabend, zum Benefiz und letztes Auftreten des Herrn Wohlbrück: Dramatisch-musikalisches Quodlibet in zwei Abtheilungen. Erste Abtheilung: 1) „Wallensteins Tod." Trauerspiel von Schiller. 2) „Der politische Zinngießer." Vaudeville-Posse von Treitschke. 3) „Versuche." Vaudeville von Louis Schneider. 4) Tanz-Divertissement. 5) „Napoleons Anfang, Glück und Ende. Historisches Drama von A. Dumas. 6) „Deutschlands Stimme", den Bürgern Breslau's gewidmet von Dr. Bruck, Melodie von Heinze. 7) „Von Sieben die Häßlichste." Lustspiel von Angely. 8) „Paris in Pommern." Vaudeville von Angely. — Zweite Abtheilung: 1) „Minna von Barnhelm." Lustspiel von Lessing. 2) „Die Indianer in England." Lustspiel von Kotzebue. 3) „Die Zauberflöte." Oper von Mozart. 4) „Die Schule der Verliebten." Lustspiel von Blum. 5) „Der Bauer als Millionair." Märchen von Raimund. 6) „Der Liebestrank." Oper von Donizetti. 7) „Der böse Geist Lumpacivagabundus." Zauberposse von Nestroy. 8) Tanz-Divertissement. 9) Epilog, verfaßt und gesprochen von Herrn Wohlbrück.

Sonntag, zum zweiten Male: „Moritz von Sachsen." Trauerspiel in 5 Akten von R. E. Prutz.

Section für Obst- und Garten-Kultur.

Versammlung hiesiger und auswärtiger Mitglieder Dienstags den 18. April Abends 6 Uhr, im Wintergarten.

Versammlung

von Subaltern-Beamten heute Abend 7 Uhr im deutschen Kaiser.

Höhere Bürgerschule.

Die **Ausstellung** findet statt: **Sonnabend** den 15ten, und **Sonntag** den 16. April Vormittags von 11—1 Uhr, Nachmittags von 3—5 Uhr.

Die **Prüfung der angemeldeten** Schüler beginnt **Sonnabend** den 29. April um 8 Uhr.

Dr. **Kletke.**

Der Kaufmann Hr. **Ludwig Wilhelm Robbe**, Geschäftsreisender des Hauses **Johann Wilhelm Fischer** in **Berlin** wird ersucht, seinen Freunden in **Schweidnitz** baldigst Nachricht zu geben, weil selbige seinetwegen sehr besorgt sind.

A. W.

Volksbibliothek.

Die Mitglieder des Vereins für Volksbildung werden auf **Sonntag den 16. April Vormittags 11 Uhr zu einer General-Versammlung im Saale des Elisabet-Gymnasiums** ergebenst eingeladen.

Nach § 8 der Statuten wird Rechnung gelegt werden und die Ergänzungswahl für den Vorstand vorzunehmen sein.

Breslau, den 3. April 1848.

Im Auftrage des Vorstandes.

Dr. K. Fickert.

Die **Aufnahme** neuer Schüler in die **Bürgerschule zum heil. Geist** erfolgt, nach der Reihe der Anmeldungen und soweit die Räumlichkeit der Klassen es verstattet, am 15. April, 9 Uhr, im Schulhause.

Kämp, Rector.

Morgen, Sonntag den 16. April:

Konzert im Schießwerder-Garten.

Entree à Person 1 Sgr. Wozu hierdurch inladet:

Schwartzer.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau u. Ratibor.

Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist erschienen, vorräthig bei **Ferd. Hirt** in **Breslau** und **Ratibor**, in Krotoschin bei Stock:

Die Lage der arbeitenden Klasse in England.

Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen von **Friedrich Engels.**

Zweite Ausgabe. gr. 8. 1848. brosch. 2 Rtl.

In C. A. Händels Verlag in Leipzig erschien und ist bei **Ferdinand Hirt** in **Breslau** und **Ratibor**, in Krotoschin bei Stock vorräthig:

Die Redekunst.

Eine Anleitung zum öffentlichen Vortrage für Volksvertreter, Stadtverordnete, Anwälte und Geschäftsleute, nebst Beispielen aus deutschen, englischen und französischen Musterreden von **Julius Sander.**

8. broch. Preis: 15 Silbergroschen.

So eben hat bei mir die Presse verlassen und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Breslau** und **Ratibor** bei **Ferdinand Hirt**, in Krotoschin bei Stock:

Lochner, G. W. K.,

die französische Revolution

vom ersten Ausbruch bis zur vollsten Ausdehnung von 1789 bis 1807.

30 Bogen. Velinpapier. 8. geh. Preis 1 Rthl. 3 Sgr.

Nürnberg, im März 1848. Fr. Campe.

Im Verlage von Otto Klemm in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig, in **Breslau** und **Ratibor** bei **Ferdinand Hirt**, in Krotoschin bei Stock:

Abriß der Geographie, Statistik und Geschichte des preußischen Staates.

Ein Lehr- und Lesebuch für Schule und Haus bearbeitet von **M. Uvermann und J. Voßnacke,** Lehrer in Remscheid.

Zweite wohlfeile Ausgabe. 11 Bogen. brosch. Preis 5 Sgr.

Heute erscheint Nr. 4 der „Evangel. Zeitblätter,"

herausgegeben von Senior **Krause**, Archidiakonus zu St. Bernhardin in Breslau.

Inhalt: Wie sieht es denn nun aus? — Das preußische Ober-Consistorium. Kirchliche Nachrichten. (Breslau und Berlin.)

Die Verlagshandlung **Graß, Barth und Comp. in Breslau.**

Bekanntmachung.

Die in den §§ 33, 49, 78 und 85 des Betriebs-Reglements vom 17. Juli 1846 für Passagier-Gepäck, Güter, Vieh und Equipagen übernommene Garantie können wir in Gemäßheit der von uns wegen der Rückversicherung geschlossenen Verträge fortan nur mit der Einschränkung übernehmen, daß wir für diejenigen Schäden keine Garantie leisten, welche durch bewaffnete Macht, durch Kriegsereignisse oder durch unrechtmäßige Gewalt bei bürgerlichen Unruhen entstehen. Die hieraus sich ergebende Modifikation der oben allegirten Bestimmungen des Betriebs-Reglements bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 5. April 1848.

Die Direktion der Niederschl. Märk. Eisenbahn-Gesellschaft.

Theater-Aktien-Verein.

Zur diesjährigen ordentlichen Generalversammlung, so wie zur Beschlußnahme über den von den Herren Theater-Pächtern gestellten Antrag, den bestehenden Pachtvertrag aufzuheben, und ihnen den laufenden Pachtzins zu erlassen, laden wir die Herren Aktionäre **auf den 22. April, Nachmittags 4 Uhr, im Börsenlokale** ergebenst ein. Abwesende sind an den durch Stimmenmehrheit der Erscheinenden gefaßten Beschluß gebunden.

Direktorium des Theater-Aktien-Vereins.

Schul- und Pensions-Anzeige.

Ich gebe mir die Ehre, hierdurch anzuzeigen, daß die öffentliche Prüfung der Zöglinge meiner Lehr- und Pensions-Anstalt Montag den 17. und Dienstag den 18. April Vormittags 9—12 Uhr und Nachmittags 2—4 Uhr stattfinden wird, und lade die geehrten Gönner und Freunde der Anstalt ganz ergebenst dazu ein. Der neue Cursus beginnt den 27. April, Donnerstag nach Ostern.

Angelika Franklin, Vorsteherin, Albrechtsstraße Nr. 37, erste Etage.

Eine auf einer Hauptstraße sich seit vielen Jahren befindliche Spezerei-Waaren-Handlung, wozu circa 800 Rthl. baar Geld erforderlich, ist sogleich zu vermiethen und das Nähere Schmiedebrücke Nr. 34 zu erfahren. Breslau, den 14. April 1848.

Bekanntmachung.

Der Antrag auf Subhastation der dem Zimmermeister Joseph Morawe gehörigen Grundstücke, Klosterstraße Nr. 53a und 54, ist zurückgenommen, und fällt daher der Bietungs-Termin am 8. Septbr. d. J. weg.

Breslau, den 9. April 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Zum öffentlichen Verkaufe von 1 Ctr. 24 Pfd. Feigen steht Termin auf den 18. d. M. Vormittags 10 Uhr in unserm Prozeß-Instruktions-Zimmer an.

Breslau, 13. April 1848.

Königl. Haupt-Steuer-Amt.

Nothwendige Subhastation.

Das dem Johann Traugott Gründer gehörige Bauergut zu Penzig Nr. 64, auf 7800 Rthlr. 2 Sgr. gerichtlich abgeschätzt, soll am 19. Oktober 1848, von Vormittags 11 Uhr ab, an hiesiger Gerichtsstelle an den Meistbietenden verkauft werden.

Der neueste Hypothekenschein, die Taxe und die Verkaufsbedingungen sind in unserer Kanzleiabtheilung III. einzusehen.

Görlitz, den 1. April 1848.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Offener Arrest.

Von dem unterzeichneten königlichen Land- und Stadt-Gericht ist über das Vermögen des am 31. Januar 1848 verstorbenen Kaufmonn Moritz Höniger zu Rybnik heute der Konkurs eröffnet werden. Es wird daher Allen und Jeden, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Sachen, Effekten oder Briefschaften hinter sich haben, angedeutet, den Erben desselben nicht das Mindeste zu verabfolgen, vielmehr dem unterzeichneten Gerichte davon Anzeige zu machen, und die Gelder oder Sachen, jedoch mit Vorbehalt der daran habenden Rechte an unser Judicial-Depositum abzuliefern.

Wenn dennoch den Erben des Gemeinschuldners oder den Gläubigern etwas bezahlt oder ausgeantwortet werden sollte, so wird dieses für nicht geschehen erachtet und zum Besten der Masse anderweitig beigetrieben werden.

Wenn aber der Inhaber solcher Gelder oder Sachen dieselben verschweigen und zurückbehalten sollte, so wird derselbe noch außerdem alles seines daran habenden Unterpfandes und anderen Rechtes für verlustig erklärt werden.

Rybnik, den 24. März 1848.

Königliches Land- und Stadt-Gericht.

Die Nutzung der niedern Jagd auf den Feldmarken der Gemeinden Luboschütz, Kollanowitz und Wengern mit Einschluß des sogenannten Boreck's ist pachtlos geworden. Zur anderweiten Verpachtung dieser Jogdnutzung habe ich einen Termin auf den 1. Mai, Vormittags 10 Uhr, in dem Kanzleilokale des hiesigen Oberförster-Etablissements angesetzt.

Die Bedingungen werden im Termine vorgelegt, können aber auch schon früher bei mir eingesehen werden.

Kupp, den 10. April 1848.

Der kgl. Oberförster Kaboth.

Auktions-Anzeige.

Auf den 17. April d. J. sollen von Vormittags um 9 Uhr ab auf dem hiesigen herzogl. Schlosse eine Partie Schnittwaaren, Strickgarne, Band und Herrenbinden, sowie einige andere Gegenstände öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Oels, 10. April 1848.

Die Fürstenthums-Gerichts-Auktions-Kommission.

Kapitals-Gesuch.

Eine ganz sichere Hypothek von 2000 Rtlr. à 5 pCt. Zinsen aufs Land, ist sofort ohne Einmischung eines Dritten zu cediren. Näheres Junkernstraße Nr. 5, im Comptoir.

Montag den 17. April, Vormittags 10 Uhr, Wallstraße Nr. 1 (in Breslau), soll das Dienstpferd eines verstorbenen Gendarmen der kgl. 6ten Gendarmerie-Brigade, zum Besten der Wittwe, gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden. Daſselbe ist 6 Jahr alt, polnischer Race, und eignet sich gleich gut zum Wagen- wie zum Reitpferde.

Eröffnung des

Wiener Praters im Weiß-Garten.

Sonntag, Montag und **Dienstag** den 16ten, 17ten und 18. April **Große equilibristische, gymnastische, akrobatische, pantomimische** und **theatralische** Vorstellungen in allen Räumen des Gartens von der Gesellschaft des **A. Schwiegerling** mit neu engagirten Mitgliedern.

Großes Konzert

der Breslauer Musikgesellschaft.

Zum Schluß

Theater im Glas-Salon.

Der lebendig todte Ehemann.

Posse in 2 Akten nebst Ballet und Metamorphosen.

Anfang 3½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Entree à Person 2½ Sgr., Kinder 1 Sgr.

Jede Familie erhält für jedes Kind ein Fahrbillet zum Carouſſel an der Kaſſe gratis. Näheres besagen die Zettel und Programms.

☞ **An Eltern und Erzieher.**

Da ich von Ostern ab einige neue Pensionäre in meiner Anstalt aufnehmen kann, so erlaube ich mir diejenigen verehrl. Eltern und Erzieher darauf aufmerksam zu machen, welche außer dem Schulunterricht eine ununterbrochene Beaufsichtigung der Zöglinge und angemessene Nachhilfe bei deren Schularbeiten wünschenswerth erachten, während eine strengmoralische Erziehung bei liebevollster Behandlung den ersten Wünschen derselben entgegenkommen dürfte. Privatstunden im Französischen und Polnischen, unterstützt durch fortwährende conversationelle Uebung in diesen Sprachen, so wie die Gelegenheit, sich unter kundiger Aufsicht im Fortepianospiel zu üben, werden ebenfalls geboten.

Da die Anzahl der aufzunehmenden Zöglinge besserer Ueberwachung wegen möglichst beschränkt werden soll, so würden baldige Meldungen erwünscht sein und jede nähere Auskunft über die Anstalt von den Herren Direktoren sämmtlicher hiesiger Gymnasien und Realschule gern ertheilt werden.

J. A. Fritz,
concessionirter Lehrer der französischen und polnischen Sprache und Vorsteher einer Erziehungsanstalt für Knaben in Breslau, Neue Schweidnitzer Straße Nr. 3c.

☞ Ein anständiger, thätiger Mann, früher Landwirth, wünscht Beschäftigung oder eine Anstellung. **Tralles**, Meſſergaſſe 39.

Stroh- und Schäferei-Geräthe-Verkauf.

Das Amt Oelse bei Freiburg bietet eine Quantität Erbsen- und Kleestroh zu billigem Preis und Schäferei-Geräthe, bestehend in Raufen, Horden und Tränktrögen zum Verkauf an. — Hierauf Reflektirende erfahren das Nähere beim Wirthschafts-Amt.

Auch wird daselbst binnen Kurzem das Wirthschafts-Inventarium der Vorwerke meistbietend verkauft, wovon jedoch auf Verlangen einzelne Gegenstände auch sofort nach einer billigen Taxe verkauft werden.

Ein massives Wohnhaus im Tyroler Styl gebaut, enthält sechs Wohnzimmer, eine Küche, drei Gewölbe, ein massives Stallgebäude zu zwei Pferden, so wie einen Obst- und Gemüsegarten, in der Nähe von Charlottenbrunn gelegen, ist ohne Einmischung eines Dritten dem Unterzeichneten zum Verkauf übertragen. Auf portofreie Briefe ertheilt Antwort

Mentschke, in Charlottenbrunn.

Für bevorstehende Saison

Wiener und Pariser Bordüren-Hüte, italien., sächsische und schweizer Hüte, für Damen und Kinder, in den neuesten und bestkleidensten Façons, so wie eine grosse Auswahl von italien. Herren- und Knaben-Mützen empfiehlt zu den billigsten Preisen das Strohhut-Lager von

Hamburger und Comp.,
Schweidnitzer-Strasse 51, Stadt Berlin.

Ergebenste Anzeige.

Daß ich das Kaffee-Etablissement in Morgenau Nr. 9, jetzt genannt „zum chinesischen Bahnhof" wieder selbst übernommen und zum geselligen Besuch und Vergnügen neu eingerichtet und eröffnet habe, und für jegliche Zufriedenstellung eifrigst sorgen werde, beehre ich mich hiermit vorläufig allseitiger Geneigtheit und Wohlwollen zu empfehlen und zu vielem Besuch freundlichst einzuladen.

Rothenbach.

Die Mineralbrunnenhandlung

von

Moritz Siemon,

Taschenstr. Nr. 15, an der Promenade, empfing neue Zusendungen 1848er Füllung von Selterbrunnen, Karlsbader Mühl- und Schloßbrunnen, Saidschützer und Pillnaer Bitterwasser, Marienbader Kreuzbrunnen, so wie

Ober-Salzbrunnen und Brunnen-Kuchen,

und empfiehlt dieselben zur geneigten Abnahme.

Die, die Promenade benutzenden Brunnentrinker können von meinem daran gelegenen Lokale zur Einstellung der Flaschen und Gläser Gebrauch machen.

Meinen hochverehrten Gönnern und dem geehrten Publikum ergebenst anzeigend, daß ich jetzt Klosterstraße Nr. 1a.2 wohne, empfehle ich mich gehorsamst zu fernerem geneigten Wohlwollen.

Maria Nordorf, Musiklehrerin.

Mantillen, Mantelets de Visits,
Frühjahrs-Mäntelchen, nach den jüngsten Wiener und Pariser Modells gefertigt, für Damen und Kinder, empfehlen wir in grösster Auswahl zu den billigsten Preisen.

Hamburger und Comp.,
Schweidnitzer-Strasse 51, Stadt Berlin.

Degen und Säbel,

so wie **dreifarbige Portepée's**, offerirt die Berliner Militär-Effekten Handlung des

M. D. Hellinger,
Nikolaistraße 13.

Die Sattler-Innung

empfiehlt sich den königl. hochlöblichen Truppentheilen zur Anfertigung aller militärischen Arbeitslieferungen in kürzester Zeit.

pr. Adresse **Becker**, Sattler-Aeltester.
Ritterplatz Nr. 14.

Breslau, den 11. April 1848.

על פסח

sind alle Sorten **Backwaaren** zu haben bei **Heinrich Jungmann, Goldeneradegaſſe Nr. 19.**

Aechte Galläpfel-Dinte,

die Quartflasche 5 Sgr., lagert zum Verkauf bei

Eduard Groß, am Neumarkt 42.

Flügel zu verkaufen.

Ein sehr gut gehaltener Mahagoni-Flügel ist zu verkaufen. Näheres Schuhbrücke Nr. 36 im Comptoir.

Sieben Dutzend sehr dauerhaft gearbeitete Gartenstühle stehen unter soliden Preisen zum sofortigen Verkauf. Näheres Vorwerksstraße Nr. 26b beim Hauswirth.

Es werden sofort zu kaufen gesucht 200 Stück gebrauchte Steinplatten in eine Stube zu legen. Näheres bei

A. Jäkel, Grünebaumbrücke Nr. 2.

Ein Handwagen und ein **Bretter-Repositorium** steht im königl. Bibliothek-Gebäude, Neue Sandstraße Nr. 4, zum Verkauf. Nähere Auskunft wird Herr Maler König die Güte haben, zu ertheilen.

Morgen, Sonnabend den 15. April, großes **Concert im Theaterkeller**, wozu ergebenst einlade.

Der Restaurateur.

Ein gebildetes Mädchen, welches fertig nach dem Maße schneidert, frisiren und Putz machen kann, sich auch gern der Wirthschaft annehmen will, sucht in einer anständigen Familie in oder außerhalb Breslau ein baldiges Unterkommen. Näheres unter der Adresse A. M. Breslau poste restante.

Für Damen im neuesten Geschmack, wollene u. halbwollene Kleiderstoffe, Mousseline de laine, Cachemirs u. Toile du Nords, englische und französische Jaconets und Calicos, so wie ein assortirtes Lager von

Umschlagetüchern

in allen Nüancen, empfiehlt zu den billigsten Preisen das Mode-Waaren-Lager von

Hamburger & Comp.,
Schweidnitzerstr. Nr. 51, Stadt Berlin.

Brückenwagen

verkauft unter Garantie billigst:

K. Schüller, Nikolaistr. Nr. 34.

Constitutions-Bier empfiehlt die Restauration im Theaterkeller die Kuffe zu 1 gGr.

Verlorener Wachtelhund.

Ein kleiner, schwarz- und braungefleckter Wachtelhund ist am 12 d. M. Abends verloren gegangen. Wer denselben in der Besitzung Michaelisstraße Nr. 15 (Vier Thürme) zurückliefert, erhält daselbst eine angemessene Belohnung.

Durch alle Buchhandlungen Deutschlands und des Auslandes ist zu haben, in Breslau und **Oppeln** bei **Graß, Barth u. Comp.**, in **Brieg** bei **Ziegler:**

Sohr's Karte des Lombardisch-Venetianischen Königreichs. 3¾ Sgr.

— **Karte von Frankreich.** 3¾ Sgr.

Formulare zu Prozeß-Vollmachten,

nach dem von dem **Anwalt-Vereine zu Breslau** entworfenen Schema sind sowohl in Folio als in Quart (Briefform) erschienen und zu haben bei

Graß, Barth und **Comp.** in **Breslau.**

Feines National-Briefpapier, nebst entsprechenden Couverts und Oblaten, so wie die feinsten französischen Papeterien, sämmtliche Schreib- und Zeichen-Materialien, empfiehlt zu billigsten Preisen die Carton-Papier-Fabrik und Haupt-Spiel-Karten-Niederlage von **Gustav Pietsch**, Goldene Radegaſſe Nr. 2, 1 Stiege.

Ein brauner Wallach (Posener Gestüt) sechsjährig, geritten und gut eingefahren ist neue Schweidnitzerstr. Nr. 1 zu verkaufen.

Die Belle-Etage

im Hause Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 14 und St. Salvator-Platz-Ecke, bestehend aus 11 Stuben nebst Balkon, Kabinett, Küche und Beigelaß ist zu vermiethen und Michaelis d. J. zu beziehen.

Zu vermiethen.

Schweidnitzerstraße Nr. 33, in der Uhr, ist der dritte Stock zu Johannis zu beziehen. Das Nähere daselbst beim Wirth zu erfragen.

☞ Ein **Eckgewölbe** für Buch-, Musik-, Posamentirwaaren- ꝛc. Händler sehr gut gelegen, ist billig zu vermiethen durch das **Breslauer Erkundigungs-Bureau.**

Tauenzien-Platz Nr. 7 sind 1 auch 2 elegant möblirte Zimmer bald zu vermiethen.

Ohlauerstraße Nr. 1, 3 Stiegen ist ein Vorderzimmer mit auch ohne Möbel zu vermiethen und bald zu beziehen.

Sommer-Levkojen-Pflanzen pro Schock 4 Sgr., desgl. Nelken meist vollblühend pro Dutzend 4 Sgr. sind bei Kunstgärtner Albrecht, Ohlauer Vorstadt, Klosterstr. Nr. 26 zu haben.

Stockgaſſe Nr. 31 (nahe am Ringe) ist **ein Gewölbe** so wie auch der 2. Stock, bestehend in 3 Stuben, Küche, Boden und Keller zu vermiethen. Das Nähere Ring Nr. 54 im Gewölbe.

Zu vermiethen.

Am Ohlauer Stadtgraben Nr. 18 ist eine Wohnung von 3 Stuben, Alkove, Küche, Entree und Beigelaß Termin Johannis zu vermiethen.

Salz-Gaſſe Nr. 1 ist eine freundliche Wohnung (Stube und Kabinet) zu vermiethen.

Wohnungen

sind Taschenstraße Nr. 30 zu vermiethen.

Wohnungen von 70 Rtlr. bis 180 Rtlr., so wie Remisen, Keller und Pferdeställe sind Wallstraße Nr. 13 und 14 zu vermiethen.

Ritterplatz Nr. 1 ist die erste Etage, ganz oder getheilt, zusammen 19 Zimmer und 1 Saal, mit Stallung auf 6 Pferde und 4 Wagenplätze, bald oder zu Johanni zu vermiethen. Das Nähere Schuhbrücke Nr. 36 im Comtoir.

Nikolaistraße Nr. 48

ist der erste und zweite Stock zu vermiethen. Das Nähere Neue Schweidn. Str. 4a parterre.

Albrechtsstraße Nr. 39

ist der erste Stock von 10 Stuben, neu restaurirt, ganz oder getheilt, und der zweite Stock halb, enthaltend 6 Stuben, bald oder zu Johannis zu vermiethen.

Wollzelte verleihen,

eiserne Krippen, Raufen, Sattel, Zäume, Candaren, Sporen, Steigbügel, Fahrpeitschen empfehlen:

Hübner u. Sohn, Ring 35, 1 Treppe.

Zu vermiethen

ist Salvatorplatz Nr. 6 eine Wohnung von 3 Stuben, Küche und Beigelaß nebst Gartenpromenade.

Ein herrschaftliches Quartier ist Michaelis zu vermiethen Tauenzienplatz Nr. 1, bestehend aus 6 Zimmern, 1 großem Saal mit Parketboden und tapezirter Bedientenstube, Küche und Speisekammer, Pferdestall auf 4 Pferde, Wagenremise zu 2 Wagen. Näheres beim Haushälter.

Ohlauerstr. Nr. 43

ist zu Johannis die erste Etage, bestehend aus zwei freundlichen Quartieren zu vermiethen. Das Nähere im 2ten Stock.

Breslauer Getreide-Preise

am 14. April 1848.

Sorte:	beste	mittle	geringste
Weizen, weißer	57½ Sg.	52 Sg.	46
Weizen, gelber	53 "	49 "	44
Roggen	41½ "	36½ "	32
Gerste	36 "	32 "	29
Hafer	27 "	25 "	22½

Breslau, den 14. April 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Dukaten 97 Gld. Kaiserl. Duk. 97 Gld. Friedrichsd'or 114¼ Gld. Louisd'or 113¾ Gld. Poln. Courant 94¼ Br. Oester. Bankn. 98¾ Br. Staats.-Sch.-Sch. per 100 Rtl. 3½ % 70½ Gld. Großherz. Pos. Pfandbr. 4% 84¼ Br., neue 3½% 68½ Gld. Schles. Pfdbr. à 1000 Rtl. 3½% 90 Br., Lit. B. à 1000 Rtl. 4% 88¾ Br., dito à 1000 Rtl. 3½% 82¼ Br. Alte poln. Pfdbr. 4% 76¼ Br., neue 76¼ Br. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schweidn.-Freib. 4% 74 Gld. Niederschl.-Märkische 3½% 64¼ Br. Köln-Mindener 3½% 64¼ Br. Friedr.-Wilh.-Nordb. 31¼ Br.

(Börsen-Bericht.) Geld-Sorten und Fonds. Holl. u. kaiserl. vollw. Duk. 97 Gld. Friedrichsd'or 114½ Gld. Louisd'or, vollw. 114¼ Br. Poln. Papiergeld 94 Br. Oester. Bankn. 98½ bez. u. Br. Staats-Sch.-Sch. 3½% 70½ Gld. Bresl. Stadt-Oblig. 3½% 91 Br. Pos. Pfandbr. 4% 84 Br. 83 Gld., 3½% 69—68 bez. u. Gld. Schl. Pfdbr. 3½% 90 bez. u. Br., Lit. B. 4% 88½ Br., dito 3½ 82 Br. Poln. Pfdbr. 4% alte 76 Br., 4% neue 76 Br. — Eisenbahn-Aktien: Oberschl. Litt. A. 3½% 78 Br., Litt. B. 3½% 72 Br. Bresl.-Schw.-Freib. 4% 74 bez. u. Gld. Nied.-Schl.-Märk. 3½% 64 Br. Ost-Rhein. (Köln-Minden) 3½% 64 Br. Sächs.-Schl. (Dresd.-Görl.) 4% 63 Br. Neisse-Brieg Zus.-Sch 4% 30 Br. Friedr.-Wilh.-Nordb. Zus.-Sch. 4% ... bez. u. Br.

Coursbericht. Berlin, den 13. April.

Niederschl. 3½% 64 u. 63¾ bez. u. Br., Prior. 4% 73 Br., 5% 81 bez., Ser. III 5% 79½ Br. Köln-Minden 3½% 63 u. 63½ bez.. Prior. 4½% 74 bez. Rheinische ... etw. bez. — Quittungsbogen: Nordb. (Fr.-Wilh.) 4% 31½ etw., 31 à 29 u. ... bez. Posen-Starg 4% 49 zu machen. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuldsch. 3½% 70¼ bez. u. Br. Poln. Pfandbr. neue 4% 76 bez. u. Br.

Preuß. Staats-Schuldscheine sind abermals gewichen, und es scheint immer mehr, daß ... irgend eine Operation den Rückgang veranlaßt. Auch Eisenbahn-Aktien heute flauer, wo... ein neues Falliſſement in Magdeburg ungünstig wirkte. Preuß. Bank-Antheile anfangs et... was à 62% verkauft, sind zuletzt à 64% bezahlt. Man erhielt am Schluß der Börse ... günstige Nachrichten aus Posen, wodurch sich die Course etwas befestigten.

Universitäts-Sternwarte.

12. und 13. April.	Barometer Z.	Barometer L.	Thermometer inneres.	Thermometer äußeres.	Thermometer feuchtes niedriger.	Wind.		Gewölk.
Abends 10 Uhr.	27	6, 12	+ 10, 85	+ 6, 4	1, 6	7°	SW	meist überw.
Morgens 6 Uhr.		5, 96	+ 10, 35	+ 6, 1	1, 3	8°	SO	"
Nachmitt. 2 Uhr.		6, 60	+ 12, 10	+ 11, 7	3, 8	14°	W	"
Minimum.		5, 96	+ 10, 35	+ 6, 1	1, 3	5°		
Maximum.		6, 60	+ 12, 10	+ 11, 7	3, 8	37°		

Temperatur der Oder + 10, 0

Der vierteljährige Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung in Verbindung mit ihrem Beiblatte: „Die Schlesische Chronik," ist am hiesigen Orte 1 Thlr. 27½ Sgr.; für die Zeitung allein 1 Thlr. 15 Sgr. Die Chronik allein kostet 20 Sgr. Auswärts kostet die Breslauer Zeitung in Verbindung mit der Schlesischen Chronik (incl. Porto und Stempel) 2 Thlr. 20 Sgr.; die Zeitung allein 2 Thlr. 7½ Sgr.; die Chronik allein 20 Sgr.; so daß für die Chronik kein Porto angerechnet wird.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Nimbs.